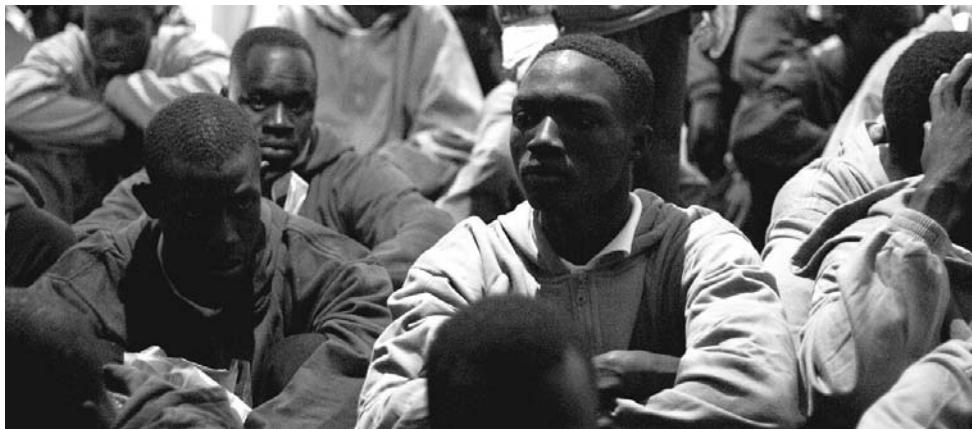


Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



Spanien: Papiere für alle



- **Mindestlohn: Mehr Anerkennung für harte Arbeit – Seite 4**
- **EU-Innenministertreffen: Auf Kriegsfuß mit den Menschenrechten – Seite 6**
- **Sicherheitskonferenz: Stoppt Folter und Kriegsterror – für Frieden und Gerechtigkeit weltweit! – Seite 12**
- **Aktions- und Strategiekonferenz der sozialen Bewegungen: Einheit ist schwierig – Seite 15**
- **China, China! Nachdenken über eine „Transatlantische Wirtschaftsgemeinschaft“ – Seite 18**

Ausgabe Nr. 2 am 26. Januar 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation : Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

RAF-Gefangene: es geht um Recht, nicht um Rache

Die Linke., 22.1. Das Oberlandesgericht Stuttgart hat am 22. Januar eine Anhörung über die vorzeitige Freilassung von Brigitte Mohnhaupt durchgeführt. Aus diesem Anlass erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke:

Wer fordert, die letzten RAF-Gefangenen weiter eingesperrt zu halten, dem geht es offenkundig nicht um Recht, sondern um Rache. Nach zum Teil Jahrzehntelanger Haft ist deren Freilassung überfällig. Die Haftdauer von Birgit Hogefeld, Eva Haule, Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt liegt mittlerweile zwischen 14 und 25 Jahren.

Die Springer-Presse und manche Politiker lassen anlässlich der Diskussion um Freilassungen und Begnadigungen noch einmal die alten Reflexe des „Deutschen Herbstes“ aufleben. Sie sähen die Gefangenen offenkundig gern bis zum Lebensende hinter Gittern.

Schockierend ist die Aussage des Stuttgarter Generalstaatsanwalts Klaus Pflieger, der forderte: „Wir müssen die Täter auf das reduzieren, was sie sind, nämlich Verbrecher.“ Ich sage dagegen: Im Rechtsstaat gelten auch verurteilte Täter als Menschen. Wer ihnen das absprechen will, wer sie „reduzieren“ will, wer sie bis zum Tod im Gefängnis halten will, der steht nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes.

Völlig unangemessen sind auch Spekulationen über den Gesundheitszustand der Gefangenen. Es ist völlig klar, dass Jahrzehnte hinter Gittern, zum Teil in folterähnlicher Isolationshaft, jeden Menschen krank machen.

Nach derart langer Gefangenschaft ist die einzige, aus rechtsstaatlicher Sicht zulässige Frage: Geht von den Gefangenen noch eine Gefahr aus? Könnte ihre Freilassung irgendjemanden zu weiteren Straftaten motivieren? Darauf kann man klar mit „Nein“ antworten.

Gegen Vorratsdatenspeicherung

Erklärung Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, 19.1.2007. Der Gesetzentwurf zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung sieht vor, Telekommunikationsunternehmen ab Herbst 2007 zu verpflichten, Daten über die Kommunikation ihrer Kunden auf Vorrat zu speichern. Zur verbesserten Strafverfolgung soll nachvollziehbar werden, wer mit wem in den letzten sechs Monaten per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung gestanden hat. Bei Handy-Telefonaten und SMS würde auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten. Zudem soll die Internetnutzung nachvollziehbar werden.

Eine derart weitreichende Registrierung des Verhaltens der Menschen in Deutschland halten wir für inakzeptabel. Ohne jeden Verdacht einer Straftat sollen sensible Informationen über die sozialen Beziehungen (einschließlich Geschäftsbeziehungen), die Bewegungen und die individuelle Lebenssituation (z.B. Kontakte mit Ärzten, Rechtsanwälten, Psychologen, Beratungsstellen) von über 80 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern gesammelt werden. Damit höhlt eine Vorratsdatenspeicherung Anwalts-, Arzt-, Seelsorge-, Beratungs- und andere Berufsgeheimnisse aus und begünstigt Wirtschaftsspionage. Sie untergräbt den Schutz journalistischer Quellen und beschädigt damit die Pressefreiheit im Kern. Überdies steht zu erwarten, dass die enormen Kosten einer Vorratsdatenspeicherung Telekommunikationsunternehmen und Verbraucher belasten, indem sie Preiserhöhungen sowie die Einstellung von Angeboten nach sich ziehen. Einer Studie des Bundeskriminalamts vom November 2005 zu folge reichen die gegenwärtig verfügbaren Kommunikationsdaten zur effektiven Aufklärung von Straftaten ganz regelmäßig aus. Eine Vorratsdatenspeicherung würde nicht besser vor Kriminalität schützen, dafür aber Millionen von Euro kosten, die Privatsphäre Unschuldiger gefährden, vertrauliche Kommunikation beeinträchtigen und den Weg in eine immer weiter reichende Massenansammlung von Informationen über die gesamte Bevölkerung ebnen. Rechtsexperten erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht eine Pflicht zur verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten für verfassungswidrig erklären wird. Außerdem wird erwartet, dass der Europäische Gerichtshof nach der Fluggastdatenübermittlung in die USA auch die EG-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung mangels Rechtsgrundlage für nichtig erklären wird.

Als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger, der Medien, der freien Berufe und der Wirtschaft lehnen wir das Vorhaben einer Vorratsdatenspeicherung geschlossen ab. Wir appellieren an die Politik, die Pläne aufzugeben.

Regierung hält Weihnachtsbeihilfe für verfassungskonform

Heute im Bundestag, 18.1. alk. Der Parlamentskorrespondenz heute im Bundestag berichtet über die Position der Bundesregierung bei der Weihnachtsbeihilfe. Danach erhalten Bedürftige in Heimen monatlich 3,41 Euro (41 Euro im Jahr) mehr. Die Kommunen haben dadurch Mehrausgaben von rund 14 Millionen Euro im Jahr. Die Regierung sieht sich trotz Förderalismusre-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

form im Recht, diese Erhöhung zu beschließen; die FDP hatte Bedenken in einer Anfrage geäußert. Diese Regelung stellten keine neue Aufgabenzuweisung des Bundes an die Kommunen dar, meint die Regierung. Die Regierung fügt hinzu, gleichwohl seien ihr „verfassungsrechtliche Fragestellungen zu der Weihnachtsbeihilfe seitens der Länder und kommunalen Spitzenverbände bekannt“. Diese Bedenken, die unter anderem der Städtetag in Baden-Württemberg geäußert hat, hätten beinahe dazu geführt, dass der Streit um die Auslegung der Föderalismusreform auf dem Rücken der Armen ausgetragen wird. So hatte die Stadt Stuttgart erst nach Intervention der Linke.PDS-Stadträten in der zweiten Dezemberwoche Zahlungen veranlasst.

Europäisches Gericht muss PKK-Klage gegen „Terrorliste“ annehmen

BZ, 19.1. scc. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem jüngsten Urteil verfügt (Az: C-229/05), dass das europäische Gericht Erster Instanz die Klage der PKK gegen die Aufnahme in die sog. Terrorliste verhandeln muss. Die EU hatte in Folge eines Beschlusses des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen nach dem 11.9.2001 diese Liste eingerichtet, in der sie Organisationen als „terroristisch“ klassifiziert, darunter seit 2002 auch die PKK, deren Konten aufgrund der Aufnahme in die „Terrorliste“ gesperrt wurden. Die PKK hatte im gleichen Jahr erklärt, sie löse sich auf und werde sich als demokratische und gewaltlose Organisation unter dem Namen Kongress für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (Kadek) neu organisieren. Das europäische Gericht Erster Instanz hatte am 15.2.2005 die Klage von Osman Öcalan gegen die Aufnahme der PKK in die „Terrorliste“ als unzulässig abgelehnt mit der denkwürdigen Begründung, dass Öcalan die PKK nicht mehr vertreten könne, nachdem er selbst erklärt habe, sie habe sich aufgelöst. Der EuGH hat diese Argumentation nun als widersinnig verworfen: Wenn eine Organisation von der EU mit Sanktionen belegt werde, müssen sie auch existieren. Andernfalls könnte es Organisationen geben, die keine Klagemöglichkeit gegen ihre Aufnahme in die Liste haben, das sei rechtlich nicht vertretbar. Öcalans Klage sei daher gültig, das Gericht müsse inhaltlich über sie entscheiden.

Steinmeiers Wahn

dpa. 16.1., maf. Nach einer Meldung der dpa nimmt die BRD einen neuen Anlauf im Kampf um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. „Die Bundesregierung halte an ihrer Kandidatur fest, sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier im ‚Bonner General-Anzeiger‘.

Gerichtsurteil: ArGe-Publikum rechtfertigt Mietminderung

OLG Stuttgart, evd. 11,52 Euro pro Quadratmeter Miete statt der ortsüblichen 5,50 bis 10,50 Euro war vertraglich vereinbart zwischen dem Eigentümer des Heilbronner „Neckarturms“ DMC AG und den solventen Mieter: Versicherungsgruppe, Wirtschaftsprüferkanzlei, Anwaltskanzlei, private Managerschule und radiologische Arztpraxis (Februar 2004). Bezahlten werden sollte für „einmaliges Ambiente“ und „angenehme Atmosphäre“, „hoch angesiedeltes Niveau“ und „exklusiven Anspruch“, geschützt durch eine Zugangskontrollanlage. Ein Jahr später waren auch bis dahin zwei leerstehende Stockwerke an die Agentur für Arbeit (Arge) vermietet (es entzieht sich der Kenntnis, zu welchem Mietzins). Einige der Mieter kürzten daraufhin ihre Miete um 50%. Vorläufig ist der daraufhin entstandene Rechtsstreit vom Oberlandesgericht Stuttgart Ende 2006 mit der Zulassung einer Mietminderung von 15 % beendet worden. Aus der Begründung: „Die Überlassung der Räumlichkeiten ... zum Zwecke des Betriebs der Hartz-IV-Abteilung, der Suchtberatungsstelle und der Schuldnerberatung widerspricht den konkludenten Abreden ... über den Besucherverkehr sowohl in quantitativer“ (eine Frequenz von 500 Kunden hier gegenüber einem Bürobetrieb dort) „wie auch in qualitativer Hinsicht.“ Weiter: unter den Besuchern der Arge befindet sich „ein überdurchschnittlicher Anteil von sozial auffällig gewordenen Personen“ und weiter: der Besucherverkehr unterschreitet in qualitativer Hinsicht „das durchschnittliche Maß“. Eine Minderung wäre allein aufgrund der „Möglichkeit von Belästigungen und Gefahren, die von diesem Personenkreis ausgehen,“ gerechtfertigt. Letztendlich wird als Begründung für die Mietminderung aber ausschließlich die mangelhafte vertragswidrige Zugangskontrolle aufgeführt. Wozu dann die blumigen Ausführungen gegen die Kunden der Agentur für Arbeit? „Welcher Vermieter wird sich noch solche Mieter wie uns ins Haus holen?“, so der Arge-Geschäftsführer. Es graust einem vor den menschenverachtenden Konsequenzen einer juristischen Bewertung von vertraglichen Vereinbarungen. Das eigentliche Unbehagen nährt sich aber aus der immer krassesten Stigmatisierung von Menschen, die eh schon allen Demütigungen dieser Gesellschaftsordnung ausgesetzt sind. (OLG Stuttgart AZ 13 U 51/06; Heilbronner Stimme online 3.1.07; Badische Neueste Nachrichten 13.1.07)

Eine umfassende Reform der Vereinten Nationen bleibe notwendig. Steinmeier verwies auch auf die in den vergangenen 15 Jahren gewachsene Rolle Deutschlands.“ Die rot-grüne Bundesregierung hatte in Verfolgung dieses aussichtslosen Ziels eine Menge internationale Schäden angerichtet, z.B. brachte man die Volksrepublik China, Japan und Indien gegeneinander in Stellung sowie Mexiko und Brasilien. Die Unionsparteien hatten vor der Neuwahl vor dieser Politik gewarnt, lassen aber den Außenminister Steinmeier auf bisher noch kleiner Flamme weiterköcheln.

Um Himmels willen keine Weltraumrüstung

FAZ, 23.1., maf. Mit einer Mittelstreckenkugelrakete hat die Volksrepublik China einen ihrer alten Wettersatelliten abge-



schlossen. Die USA und Russland verfügen über diese Technik schon seit zwei Jahrzehnten, testen sie aber wegen der dabei entstehenden Trümmer schon seit längerem nicht weiter. Ohne ihre Vorgehen damit direkt zu begründen, kritisiert die VR China die fortschreitende militärische Erschließung des nahen Weltraums namentlich durch Russland und Japan. — Neben der militärischen nimmt auch die wirtschaftliche Bedeutung der satellitengestützten Kommunikationssysteme Jahr um Jahr zu. Die im nahen Weltraum exponierten Systeme können militärisch nicht geschützt werden. Die Angriffstechnik ist zwar teuer, aber nicht unerschwinglich. Einebrisante Situation, die nicht nur nach Verhandlungen und international vereinbarten Rechtsnormen schreit, sondern noch lauter nach Demilitarisierung des Weltraums.

Zusammenstellung: alk

Mehr Anerkennung für harte Arbeit

Sogar ein Teil der Springer-Presse beginnt über skandalös niedrige Entlohnungen zu berichten. So haben nahezu alle Hamburger Zeitungen über Dumpinglöhne von 2,46 Euro in Hamburg Luxushotels anklagend berichtet. Das „Hamburger Abendblatt“: „Die 23-jährige Antonia H. arbeitete im November laut DGB 168 Stunden an 21 Tagen in dem Fünf-Sterne-Hotel Dorint als Reinigungskraft. Dennoch bekam sie ausweislich der Monatsabrechnung, die dem Abendblatt vorliegt, lediglich 413,18 Euro brutto.“ Die Firma, die für die Zimmerreinigung zuständig ist, zahlt keinen festen Stundenlohn, sondern 3,50 Euro pro Zimmer, und drückt so die Löhne.

Andererseits wird seitens der Wirtschaftswissenschaften polemisiert: „Mindestlöhne gefährden Arbeitsplätze“, schreibt ein Michael Hüther am 19. Januar unter der Überschrift „Ordnungspolitischer Einspruch“ im „Han-

delsblatt“. Der bekannte Ökonom Hans-Werner Sinn aus München fordert jüngst in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“, dass die Löhne für unqualifizierte Arbeit noch weiter sinken müssten, um Beschäftigung zu schaffen.

Mit wirklichem ökonomischen Sachverstand haben diese Aussagen wenig zu tun, sie beruhen vielmehr auf nicht offen geäußerten politischen Zielen und Wertvorstellungen. Untenstehend ist die Meinung des renommierten US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Paul Samuelson zum Thema Mindestlohn dokumentiert. Danach ist die Auswirkung des Mindestlohns auf die Beschäftigung von ungelernten Hilfskräften ziemlich gering, da die Nachfrage nach diesen Arbeitskräften relativ preisunelastisch ist, wie der Fachausdruck lautet. Das heißt, auch wenn die Löhne für Ungelernte ansteigen, sinkt die Nachfrage nur wenig, denn sie sind nicht zu ersetzen.

Wer sich diese Tätigkeit anschaut, sieht das auch sofort. Es werden eben Wachmänner und Reinigungskräfte gebraucht, es werden Verkäuferinnen für Lebensmittel benötigt, die Friseurinnen sind ebenfalls nicht ersetzbar. Mindest-

löhne in diesen Bereichen würden vielleicht zu Preissteigerungen führen, denn auch die Nachfrage nach den Dienstleistungen, die hier erbracht werden, ist ebenfalls ziemlich preisunelastisch: Haare schneiden lässt man sich auch dann, wenn es 1 oder 2 Euro mehr kostet. Da aber die Konkurrenz in diesen Branchen relativ groß ist, wäre es auch gut möglich, dass die Unternehmer geringere Gewinne machen, weil sie Preiserhöhungen nur teilweise durchsetzen können.

Dagegen ist die Behauptung, dass darunter die internationale Wettbewerbsfähigkeit leiden würde, eigentlich lächerlich. Die BRD-Wirtschaft konkurriert international mit Produkten, die im Bereich der höheren Löhne und Gehälter gefertigt werden, und nicht mit Putzkolonnen.

Bliebe noch abzuwägen, ob diese Dienstleistungen auch durch Firmen aus EU-Ländern mit geringeren Löhnen erbracht werden könnten und dadurch die Beschäftigung im Niedriglohnbereich in der BRD zurückgeht. Auch das ist nur im geringen Umfang zu erwarten, denn die meisten dieser Dienstleistungen lassen sich nur schwer

Der Streit um den Mindestlohn

(aus Paul A. Samuelson, William D. Nordhaus, Volkswirtschaftslehre, Das internationale Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie, 2005. Paul Samuelson erhielt 1970 als erster US-Amerikaner den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften)

Der Mindestlohn legt einen Mindeststundentarif fest, den die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern zu zahlen verpflichtet sind. In den Vereinigten Staaten wurde der staatlich festgelegte Mindestlohn im Jahre 1938 eingeführt: (...) Obwohl er von Zeit zu Zeit erhöht wurde, bröckelte der Mindestlohn im Vergleich zu den durchschnittlichen Löhnen ab und belief sich Ende 2003 mit US-\$ 5,15 pro Stunde auf nur 34 Prozent des in der Produktion durchschnittlich bezahlten Lohns.

Das ist eine Frage, an der sich die Geister der bekanntesten Ökonomen scheiden. So erklärt der Nobelpreisträger Gary Becker: „Hebt man den Mindestlohn an, verlieren die Leute ihre Arbeit.“ Eine andere Fraktion von Nobelpreis-gewinnern konterte: „Wir sind der Meinung, dass der staatliche Mindestlohn moderat erhöht werden kann, ohne die Beschäftigungschancen signifikant zu gefährden.“ (...)

Wie sollen sich Laien ein Urteil über eine Frage bilden, in der die Experten so geteilter Meinung sind? Wie können wir diese offensichtlich widersprüchlichen Aussagen einordnen?

Zunächst sollten wir uns klar machen, dass Aussagen darüber, ob eine Anhe-

bung des Mindestlohns wünschenswert wäre, persönliche Werturteile beinhalten. Solche Experten könnten von der besten positiven Ökonomie beeinflusst sein und trotzdem unterschiedliche Empfehlungen über wichtige politische Fragen abgeben.

Eine kühle Analyse würde ergeben, dass die Diskussion um die Mindestlöhne in erster Linie um Interpretationsfragen kreist und dass ihr keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über empirische Erkenntnisse zugrunde liegen. Sehen wir uns Abbildung 4-12 an, die den Markt für Hilfsarbeiter darstellt. (...)

Mithilfe des Angebots- und Nachfrageanalyse erkennen wir, dass es wahrscheinlich einen Rückgang der Beschäftigung bei Hilfsarbeitern geben wird. Aber um welche Größenordnung wird es sich dabei handeln? Und wie werden die Auswirkungen auf das Lohneinkommen der Arbeiter mit niedrigem Einkommen sein? Die Daten können wir anhand von empirischen Daten betrachten.

Den meisten Studien zufolge würde eine zehnprozentige Erhöhung des Mindestlohns die Beschäftigung von Teenagern zwischen 1 und 3 Prozent senken. Die Auswirkungen auf die Beschäftigung Erwachsener sind noch geringer. Einige aktuelle Studien siedeln die Auswirkungen auf die Beschäftigung nahe bei null an, während eine Studiengruppe zu der Auffassung gelangt, dass die Beschäftigung sogar steigen könnte. Liest man daher die Zitate der bekannten Ökonomen aufmerksam, erkennt

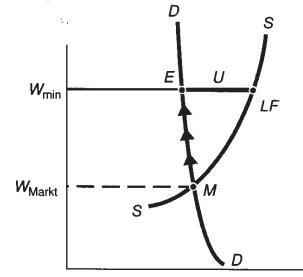


Abbildung 4-12: Auswirkungen des Mindestlohns

Wenn wir den Mindestlohn hoch über dem Gleichgewichtspunkt des freien Marktes bei W_{Markt} mit W_{\min} festlegen, ergibt dies das Beschäftigungs niveau bei E . Wie die Pfeile zeigen, geht die Beschäftigung von M auf E zurück. Darüber hinaus beträgt die Arbeitslosigkeit, also die Differenz zwischen den bei LF angebotenen Arbeitskräften und der Beschäftigung bei E , U . Bei einer unelastischen Nachfragekurve wird das Einkommen der Niedriglohnarbeiter durch eine Anhebung des Mindestlohns erhöht. Um das zu illustrieren, schräftieren Sie das Rechteck der gesamten Löhne vor und nach der Erhöhung des Mindestlohns.

man, dass manche von ihnen gering mit „insignifikant“ gleichsetzen, während andere betonen, dass zumindest einige Jobs verloren gehen könnten. Unser Beispiel in Abbildung 4-12 zeigt einen Fall, wo der Rückgang der *Beschäftigung* (abgebildet als Differenz zwischen M und E) sehr gering ist, während die von dem Mindestlohn verursachte *Arbeitslosigkeit* (dargestellt durch die U -Linie) relativ hoch ist.

(...) Ein weiterer Diskussionspunkt bezieht sich auf die Auswirkungen des Mindestlohns auf die Einkommen. Praktisch jede Studie kommt zu dem Schluss, dass die Nachfrage nach Niedriglohnarbeitern preisunelastisch ist. Den soeben zitierten Ergebnissen zu-

von einem ausländischen Standort aus erbringen, und in den Bereichen, wo es geht (Erntehelfer, Teile der Bauindustrie), ist dies längst geschehen.

Bleibt als Fazit: So wie es im Lehrbuch von Samuelson beschrieben ist, würde die Einführung eines Mindestlohns, der über den heute faktisch gezahlten Niedriglöhnen liegt, vor allem die Einkommen der Niedriglohnarbeiter insgesamt erhöhen.

Das wäre in vielerlei Hinsicht positiv: Einige Armutssprobleme wären weg; die Kommunen bzw. die Arbeitsagenturen müssten nicht mehr aufstockende Zahlungen zu Löhnen machen, die nicht zum Leben reichen.

Und noch ein ganz wichtiger Gesichtspunkt: Die zu niedrigen Löhne drücken auch eine Missachtung der dafür verrichteten Arbeiten aus, und auch der Menschen, die diese Arbeiten verrichten. Darüber sollte mit den Ökonomen und Politikern diskutiert werden, die Effizienzgesichtspunkte behaupten, aber tatsächlich ein Gesellschaftsbild haben, in dem es an Respekt und Achtung fehlt gegenüber denen, die für wenig Geld harte Arbeiten verrichten.

alk

folge liegt die Preiselastizität zwischen 0,1 und 0,3. Das führt uns zu der überraschenden Schlussfolgerung, dass *eine Anhebung des Mindestlohns die Einkommen der Niedriglohnarbeiter insgesamt erhöht*. Angesichts der soeben angeführten Elastizitäten erhöht eine zehnprozentige Erhöhung des Mindestlohns die Einkommen der betroffenen Gruppen um sieben bis neun Prozent. Abbildung 4-12 zeigt, dass die *Einkommen der Niedriglohnarbeiter trotz des Rückgangs ihrer gesamten Beschäftigung steigen*. (...)

Die Auswirkungen auf die Einkommen sind ein weiterer Grund, warum Uneinigkeit über den Mindestlohn besteht. Jene, die sich nur um das Wohlergehen der Niedrigeinkommensgruppen sorgen, können der Meinung sein, dass moderate Ineffizienzen ein kleiner Preis für höhere Einkommen sind. Andere, die sich den Kopf eher über die kumulativen Kosten von Markteintritten oder über die Auswirkung höherer Kosten auf Preise, Gewinne und internationale Wettbewerbsfähigkeit zerbrechen, könnten argumentieren, dass ein Mindestlohn ein ineffizientes Mittel ist, Gruppen mit niedrigen Einkommen Kaufkraft zu verleihen. Ihnen sind direkte Einkommenstransfers oder staatliche Lohnsubvention lieber, als Sand in das Getriebe des Lohnsystems zu streuen. Wie wichtig sind Ihnen diese drei Anliegen jeweils? Je nach ihrer Priorität könnten Sie bezüglich der Zweckmäßigkeit einer Erhöhung des Mindestlohns zu ganz unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen.

Die Umgruppierung der CSU geht weiter

Stoiber plant langen Abschied

Nachdem die Landtagsfraktion der CSU ihre Bereitschaft signalisiert hatte, den Ministerpräsidenten auszuwechseln, kündigte Stoiber an, sich Ende September von den Ämtern des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten zurückziehen zu wollen. In diese Zeit fällt dann auch der Parteitag der CSU, der den Parteivorstand neu wählt. Zu ihren Parteitagen ruft die CSU über 1000 Delegierte zusammen, man legt Wert darauf, dass es sich dabei nicht wie bei den meisten anderen Parteien um ein Treffen überwiegend von Parteibeschäftigten handele. Bei Neu- und Umbildungen der Landesregierung hat der bayerische Landtag eine starke Stellung. Die Minister und Staatssekretäre müssen vom Landtag einzeln bestätigt werden. Der Landtag wiederum kann durch das bayerische Wahlvolk auf dem Wege des Volksentscheides aufgelöst werden. Vor diesem institutionellen Hintergrund spielt das politische Stück.

Die Parteien der Opposition haben sich bereits im Prolog bloßgestellt. Sie nahmen die Ankündigung des Rückzugs Stoibers zum Anlass, für die Auflösung des Landtags durch Volksentscheid zu werben. Inzwischen sind nach der FDP auch die Grünen und schließlich die SPD von diesem Plan abgerückt. Es wäre auch klarer Missbrauch eines politischen Mittels, mit dem die Bevölkerung sich gegen offensichtliche Missachtung der Verfassung durch Landtagsmehrheit, Regierungshandeln, Putsche und dergleichen wehren könnte, für parteitaktische Zwecke gewesen.

Stoibers Funktionsverlust

Die CSU muss in diesen Monaten und Jahren zwei Probleme lösen. Die Stichworte sind: programmatische Erneuerung und Generationswechsel. Beides belastet die inneren Bindungen der Partei, ihr Gemeinschaftsgefühl, ihren Zusammenhalt. Ein starker Ministerpräsident und Parteivorsitzender Stoiber sollte, so war es beabsichtigt, in dieser Phase des Umbruchs Kontinuität stiften. In dieser Funktion hat Stoiber versagt. Als die Fürther Landräatin Frau Pauli den Stoiber angriff und damit seine Integrationsfunktion belastete, griff man in seinem Umfeld zu unrechtmäßigen, letztlich von der Absicht der Erpressung bestimmten Maßnahmen gegen die Fürther Landräatin. Stoiber versuchte, sich durch Entlassung seines Bürochefs von solchen Maßnahmen zu distanzieren. Als der angeblich Entlassene wenige Tage später bei einer Kabinettssitzung gesehen (und im Fernsehen gezeigt) wurde, war klar, dass sich Stoiber von solchen Leuten und ihren Me-

thoden nicht wirklich lösen konnte oder wollte. Frau Pauli sagte nach diesem Ereignis lediglich, die Sache sei für sie noch nicht erledigt. An welche nicht ausgesprochenen Konsequenzen ist hier zu denken? Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Vorgang der Bespitzelung strafrechtlich was hergibt. Am Ende kam die Landtagsfraktion zu dem Schluss, dass Stoiber in der Affäre Pauli Fehler gemacht hätte, die er nicht mehr korrigieren konnte. Er war als Integrationsfigur nicht mehr geeignet. Die Integrationsfunktion, die trotzdem und vielleicht noch dringender gebraucht wird, muss nun auf andere Art verrichtet werden.

Neue Integration im Tandem

Beckstein / Huber

Nach dem Willen der Landtagsfraktion und, wie es heißt, auch der meisten Funktionsträger sollen Beckstein als Ministerpräsident und Huber als Parteivorsitzender das bringen. Beide Funktionäre gehörten zum festen Bestand der durch Stoiber repräsentierten Politik. Momentan stehen die beiden ein bisschen verloren auf der Bühne, so als habe die Zersetzung von Stoibers Macht sie als Zerfallsprodukte übrig gelassen. Ein solcher Eindruck wird den tatsächlichen Leistungen der beiden Funktionäre nicht gerecht, es würde dabei auch übersehen, welche Signale an das Parteivolk durch die spezifische Biografie der beiden ausgesendet werden.

Beckstein ist ein durch den Protestantismus geprägter Ordnungspolitiker, der sich im kulturellen Raum der alten Reichsstadt Nürnberg orientiert. Er ist in seiner Kirche aktiv. Auf seinen berüchtigten Spruch „wir brauchen Ausländer, die uns nützen, nicht ausnützen“ folgte eine Mahnung des ev. Landesbischofs, wegen der Beckstein nach eigener Auskunft auf diese Hetzparole verzichtet. Anders als Stoiber integriert Beckstein nicht positiv, über Ideen wirtschaftlicher Entwicklung, sondern negativ, durch Abwehr des Fremden und Betonung des Vorrangs von Leitkultur. In dieser Hinsicht ein Wanderer am rechten Rand der CSU, verkörpert die Designierung dieses Mannes zum Ministerpräsidenten gleichwohl ein Stück Liberalisierung der CSU. Während nämlich der Katholizismus die allergrößten Schwierigkeiten hat, neue Formen der Gestaltung des Lebens und Zusammenlebens ideologisch zu verarbeiten, tut sich hier der Protestantismus schon seit seiner Entstehung leichter. So kann Beckstein, ohne sich verbiegen zu müssen, sagen, die Enthüllungen über Seehofers eigene Wege bei der Gestaltung seines Familienlebens würde seine Eignung für politische Ämter mit „0,0%“ betreffen. Die Bestimmung Becksteins zum Ministerpräsidenten löst die CSU aus einer Verklammerung mit der katholischen Kirche und erleichtert es ihr, den gesellschaftlichen

Wandel politisch zu realisieren. Die Bindung zur Tradition wird indessen ganz und gar über Fremdenhass, leitkulturellen Dünkel und Bereitschaft zum Einsatz staatlicher Gewalt dargestellt. Denkbar ist, dass die CSU mit dieser Nominierung vor allem Kräfte der extremen Recht an sich binden will. Ganz sicher ist, dass eine so eingestellte Exekutive dem Rechtsextremismus das Feld bestellt.

Huber ist ein Mann, der sich ans Licht gearbeitet hat. Jahrgang 1946. Realschule in Niederbayern. Ausbildung als Finanzbeamter. Daneben Abendgymnasium in München. Dipl. Volkswirt. Funktionen in der Partei vom Kreistagsabgeordneten über den Finanzminister, den Leiter der Staatskanzlei und den Generalsekretär bis – vielleicht – zum Vorsitzenden. Huber gibt nicht viel auf Äußerlichkeiten. Auf den Widerstand der Beamtenschaft gegen die von ihm geplante Verwaltungsreform des Freistaates antwortet er mit einem Spruch aus der Kulturrevolution, dass die Frösche nicht um Zustimmung fragen dürfe, wer einen Sumpf trockenlegen wolle. Huber ist ein Mann, der sich in Wirtschaft und Verwaltung des Landes auskennt. Mit der Nominierung Hubers zeigt sich die CSU als Möglichkeit des Emporkommens. Sie soll zeigen, dass in Bayern für jeden alles möglich ist.

Huber und Beckstein konkurrierten nach der Bundestagswahl um den Posten des Ministerpräsidenten, der dann doch nicht frei wurde. Nach der Teilung der Ämter und der politischen Schwerpunkte ist eine Kooperation gleichwohl möglich und hat auch eingesetzt. Allerdings würde eine von diesen beiden gemeinsam konzipierte Politik im Spannungsfeld zwischen Demokratie und Staatsmacht ganz auf die Seite der Staatsmacht und im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftsliberalismus und fürsorgendem Sozialstaat auf die Seite des Wirtschaftsliberalismus neigen. Das ist es nicht, was die Wählerstimmen bringt, und so bewirkt diese vorhersehbare Schlagseite, dass die Debatte um die Besetzung der Spitzenfunktionen noch nicht abgeschlossen ist.

Oder als Troika mit Seehofer? ...

Die CSU braucht einen Mann für das Soziale, fürs Herz. Dieser Mann darf nicht in Bayern sitzen und die Modernisierung des Landes sozialromantisch stören. Er muss in Berlin als das soziale Gewissen der großen Koalition installiert sein, aber so, dass nichts wirklich Wichtiges verhindert wird. Gesucht wird ein bayerischer Blüm und als geeignet befunden Seehofer. Es fehlt allerdings die Spitzenfunktion, die ihn als Führungskraft der Partei neben die anderen stellt. Was könnte ein solcher Posten sein? Neben einem Ministerpräsidenten Beckstein ein Parteivorsitzender

Seehofer? Das hieße die Verbindungen der Partei zur Wirtschaft schwächen. Inzwischen breitet sich in der Bundestagsgruppe Unruhe aus. Der Landesgruppenvorsitzende Ramsauer seufzt öffentlich, dass bald der Ruf erschallen würde, Stoiber solle bleiben.

Im Quartett?

Die Landtagsfraktion steht bis zur Neuwahl des Landtags im Herbst 2008 personell fest. Ebenso die Bundestagsgruppe. Die geforderte Verjüngung kann sich nur in der Neubesetzung der Landesregierung bzw. des Parteivorstandes abspielen. Für beide Funktionsbereiche braucht es Kandidatinnen und Kandidaten, die auf dem Parteitag bzw. im Landtag mehrheitsfähig sind. Die Auswahl dieser Leute wird derzeit vorgenommen, und zwar unter der fortdauernden Leitung Stoibers. Diesen möglicherweise von Anwendung der alten Mittel begleiteten Auswahl- und Harmonisierungsversuchen stemmen sich gegenwärtig erkennbar Seehofer mit seinem Anspruch auf den Parteivorsitz und Landrätin Pauli mit dem Anspruch auf einen Stellvertreterinnenposten entgegen. In dieser Situation wird das weitere Walten Stoibers zum Sicherheitsrisiko. Eine rasche Wahl Becksteins zum Ministerpräsidenten würde das klären.

CSU-Sachpolitik

Auf der Ebene der symbolischen Politik, bei der man mit Vorstellungen spielt, die das Auftreten ausgewählter Personen auslöst, hat sich die CSU in einer problematischen Situation verfangen. Eine Auflösung der bedeutungsschweren Personalrätsel in praktisch-politische Fragen steht an. Sie kann natürlich nicht durch das Grundsatzprogramm kommen, sie muss sich über die Entwicklung eines Rahmenprogramms für die bayerischen Kommunalwahlen im März 2008 und die im Herbst darauf folgenden Landtagswahlen entwickeln.

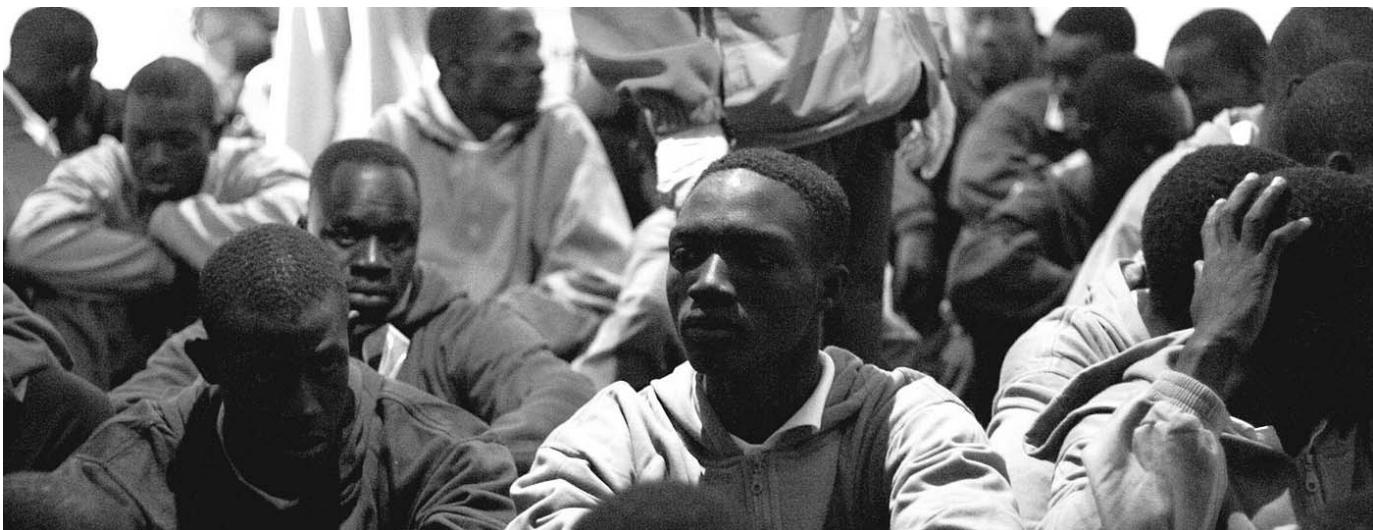
Fast unbeachtet von der Öffentlichkeit hat die Landtagsfraktion der CSU (www.csu-landtag.de) dazu einen Baustein geliefert. Auf 56 Seiten beschäftigt man sich mit der Zukunft des ländlichen Raumes. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, dieses Konzept vorzustellen. Zu sagen ist allerdings, dass unter dem Begriff des ländlichen Raums hier keineswegs nur extreme Randlagen verstanden werden, es geht um die ganze Fläche, die neben den extremen Ballungen mit Schwerpunkt München und auch Nürnberg „übrig“ bleibt. Die Staatsregierung sieht die Möglichkeit, der Gefahr der ökonomischen und kulturellen Verödung des weiten Landes erfolgreich entgegenzuwirken. Das Programm wäre allemal eine Kritik durch die Oppositionsparteien wert, die Frage wäre außerdem nicht nur für Bayern interessant.

Martin Fochler

Vor dem Treffen der EU-Innenminister in Dresden am 14.-16. Januar hatte Bundesinnenminister Schäuble im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein „Arbeitsprogramm“ vorgelegt.¹ Die Schwerpunktsetzung fasste er in einer Presseerklärung so zusammen: „Internationaler Terrorismus, Organisierte Kriminalität und illegale Migration bedrohen zunehmend unsere Sicherheit.“² Die Verknüpfung dieser so unterschiedlichen Probleme unter der Fragestellung „unserer Sicherheit“ macht erneut deutlich, dass die Flüchtlings- und Migrationsbewegungen unter dem Gesichtspunkt polizeilicher, ja militärischer Abwehrmaßnahmen behandelt werden. Menschenrechte und Flüchtlingsschutz spielen dabei nicht einmal eine untergeordnete Rolle. Das bestätigte dann auch das EU-Innenministertreffen, das vor allem zwei Tagesordnungspunkte behandelte: die „Bekämpfung der illegalen Migration“ und die „Intensivierung der grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration“.

Der Kurs der vorverlagerten Flüchtlingsabwehr wird forciert

Pro Asyl weist darauf hin, dass die deutsche Ratspräsidentschaft dem Jahr mit der höchsten Todesrate an den europäischen Außengrenzen folgt. Nach Angaben der spanischen Behörden fanden ca. 6000 Flüchtlinge und Migranten allein auf dem Weg von Westafrika zu den Kanarischen Inseln den Tod. „An den Rändern Europas spielen sich Dramen ab, die zeigen, dass die EU-Staaten bereit sind, elementare Menschenrechtsstandards aufzugeben. Im Juli 2006 wurden in Melilla drei Menschen bei dem Versuch, die Grenzzäune zu überwinden, erschossen. Die Todesfälle an der spanisch-marokkanischen Grenze sind bis heute nicht aufgeklärt. Griechenland steht weiterhin im Verdacht, im September 2006 Flüchtlinge ins Meer geworfen zu haben. Mindestens sechs Menschen starben, weil Beamte der griechischen Küstenwache, so die Aussagen Überlebender, rund 40 Menschen, die sie vor der Insel Chios aufgegriffen hatten, ins Meer zurückstießen. An den östlichen EU-Außengrenzen wurden – nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit – tschetschenische Flüchtlinge von der Slowakei über ukrainische Internierungslager zurück in den Verfolgerstaat Russische Föderation abgeschoben.“³ Das jüngste Beispiel, ein Beispiel vorverlagerter Flüchtlingsabwehr, ereignete sich zwischen Weihnachten und Neujahr in Marokko, als 400 Flüchtlinge und Migranten unter schweren Menschenrechtsverletzungen nach Algerien abgeschoben und in der Wüste ausgesetzt wurden. (siehe auch Brief S. 8)



Flüchtlinge in Teneriffa. Wie groß der Wanderungsdruck ist, kann man daran ermessen, dass jeder von ihnen sein Leben aufs Spiel setzte, um nach Europa zu gelangen. Hier werden sie als „Bedrohung unserer Sicherheit“ behandelt.

EU-Innenministertreffen

Auf Kriegsfuß mit den Menschenrechten

Aufgrund der rigiden Abschottung der Außengrenzen ging die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland und der EU zurück. Millionen Flüchtlinge, vor allem aus Afghanistan, Irak, Sudan, Somalia, fristen in Lagern in Pakistan und in afrikanischen Ländern ihr Leben – aber lediglich 200.000 gelang es 2006, in der EU Asyl zu beantragen. In der BR Deutschland waren es gerade einmal 21.000, so wenig wie nie seit 1977. In diesem Zusammenhang muss Erwähnung finden, dass die Bundesregierung die europäische Integration direkt hintertriebt, wo sie ihr nicht passt, nämlich im Bereich des Flüchtlingschutzes. Auf wie niedrigem Niveau auch immer, betreibt die EU-Kommission doch eine Harmonisierung des Asyl- und Migrationsrechts auf der Grundlage von Mindeststandards. Doch zehn von elf EU-Asylrichtlinien sind hierzulande nicht umgesetzt, selbst bindende EU-Vorgaben nicht. Anfang Oktober 2006 war die Umsetzungsfrist der so genannten Anerkennungsrichtlinie abgelaufen. Diese Richtlinie schafft EU-weit gemeinsame Vorgaben für die Anerkennung als Flüchtlings oder als Person, die anderweitig internationalen Schutz benötigt. Sie weitet den Flüchtlingschutz aus, etwa auf Verfolgung aufgrund von Religion. Die Große Koalition hat die Frist zur Anpassung der Gesetzgebung untätig verstreichen lassen und 17 weitere EU-Regierungen durch ihr Verhalten ermutigt, die Richtlinie ebenso zu ignorieren! Auch die Richtlinie zu den sozialen Aufnahmebedingungen von Asylsuchenden ist bisher nicht umgesetzt.

Um so mehr Energie und Mittel verwendet die deutsche Ratspräsidentschaft auf den Ausbau der Festungs- bzw. Wehranlagen an der EU-Außen-

grenze. Ein Schwerpunkt ist der Ausbau der Grenzschutzagentur Frontex. Seit Mitte 2006 spielt Frontex bei den Abfangmaßnahmen eine wichtige Rolle, zwischen August und Dezember 2006 wurden bei „Out of Area“-Einsätzen 3.500 Flüchtlinge und Migranten auf dem Atlantik oder vor der westafrikanischen Küste aufgegriffen und nach Senegal oder Mauretanien verbracht. Die EU-Innenminister vereinbarten in Dresden, zur Aufstockung von Frontex bis März „verlässliche Beiträge“ zu avisierten; dann sollen neue länderübergreifende „Expertenteams“ gebildet werden und an den „Brennpunkten illegaler Migration“ sowie an größeren Grenzübergängen „die örtlichen Gruppen unterstützen“.⁴

Ein zweiter Schwerpunkt sind die „Rückübernahmeabkommen“, über die derzeit verhandelt wird und die baldmöglichst die abgeschlossen werden sollen. Einige solcher Abkommen wurden im Herbst bereits unterzeichnet, etwa mit Armenien und der Ukraine. Sie verpflichten die betreffenden Staaten, eigene Staatsbürger sowie Personen aus Drittländern, die über ihr Territorium in die EU einreisten, „zurückzunehmen“. In der Praxis hat das im Fall der Ukraine die Folge, dass, wie oben schon ange deutet, tschetschenischen Flüchtlingen, die es schaffen, auf EU-Territorium zu gelangen, konkret in die Slowakei, der Zugang zu Asylverfahren verweigert wird. Statt dessen werden die Betroffenen in die Ukraine zurückgeschickt und von dort in die Russische Föderation abgeschoben. Über die Situation in der Ukraine schrieb Human Rights Watch im Länderbericht von Oktober 2005: „Die Ukraine verletzt regelmäßig die Rechte von Einwanderern und Asylsu-

chenden. Migranten und Flüchtlinge werden unter unmenschlichen Bedingungen in Gewahrsam gehalten. Sie werden geschlagen, erpresst, ausge rauft und in Länder abgeschoben, in denen sie Folter ausgesetzt sind.“⁵ Als nächstes werden nun „Rückübernah meabkommen“ mit der Türkei, Moldawien und verschiedenen afrikanischen Staaten, vor allem Marokko und Algerien, angestrebt.

Wir haben in dieser Zeitung bei früherer Gelegenheit schon darauf hingewiesen, dass in Folge dieser Politik längs der EU-Außengrenzen ein ganzes System von Lagern entstanden ist, das ständig anwächst. De facto handelt es sich um exterritoriale EU-Lager, in denen Zehntausende, die aus der EU abgeschoben oder bei dem Versuch, in die EU zu gelangen, abgefangen wurden, interniert sind, ausgeliefert und entrichtet.

„Zirkuläre und temporäre Migration“ – keine Alternative

In engem Zusammenhang mit den „Rückübernahmeabkommen“ macht ein neues Schlagwort die Runde: die „zirkuläre und temporäre Migration“. Das Angebot zu einer solchen „zirkulären Migration“ soll nämlich Entwicklungsländern insbesondere in Afrika als Anreiz dienen, Rückübernahmeabkommen abzuschließen. Auf der Innenministerkonferenz stand ein von der EU-Kommission vorgelegter Strategieplan zur Diskussion, für die nächsten Monate sind konkretisierende Richtlinienvorschläge angekündigt. Schon seit ge raumer Zeit erörtern die EU-Regierungen, ein Fenster für „legale Migration“ zu öffnen. Das mache – einerseits – die Bekämpfung „illegaler Migration“ um so notwendiger. Andererseits geht es

Wir dokumentieren aus einem Offenen Brief, den zahlreiche marokkanische NGOs nach den Ereignissen im Dez. 2006 am 4. Januar 2007 in Rabat veröffentlichten.

In Marokko werden die Rechte auf eine menschenwürdige Behandlung von Männern und Frauen im Namen der Grenzsicherung Europas verletzt

(...)

Wir klagen an:

- Die schweren Menschenrechtsverletzungen, die im Namen der Sicherung der Außengrenzen Europas erfolgen.
- Die Haltung und den Druck der Europäischen Union gegenüber den Nachbarstaaten der Union mit dem Ziel der Übertragung der Kontrolle der eigenen Grenzen an „Subunternehmer“ und die Folgen, die dies für die Migranten und die Transit- und Herkunfts länder hat.
- Das Schweigen des UNHCR in Marokko, das offensichtlich nicht in der Lage ist, den Asylbewerber und Flüchtlingen den entsprechenden Schutz zu gewährleisten ..., das unter diesen Umständen Gefahr

läuft, lediglich als „Alibi“ der europäischen Politik zu dienen, die den Zugang der Asylbewerber zum europäischen Festland behindern.

- Die Nickerfüllung der elementarsten Rechte der Migranten und Flüchtlinge und der internationalen Verträge, insbesondere derjenigen, die sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention beziehen in Bezug auf die Rechte der Wanderarbeiter und ihrer Familien.
- Wir halten die marokkanische Regierung sowie die Regierungen der Europäischen Union für sämtliche Folgen in Bezug auf das Leben und die Gesundheit der Migranten dieser Abschiebungen, die unter unmenschlichen Bedingungen erfolgte, ohne Berücksichtigung jeglicher Rechte dieser Personen für verantwortlich.
- Wir fordern die sofortige Rückkehr sämtlicher Abgeschobener in ihre Wohnungen.
- Wir verlangen vom UNHCR die Anwendung sämtlicher Mittel zur vollständigen Umsetzung ihres Mandats zum Schutz und die Einbeziehung der Konsequenzen der aktuellen Ereignisse in ihre weitere Tätigkeit.
- Wir fordern die Botschaften der Herkunftsländer der Menschen aus den subsaharischen Staaten dazu auf, sich der Situation zu stellen und notwendige

Mittel für den Schutz der Rechte ihrer Staatsbürger zu ergreifen.

• Wir fordern die marokkanische Regierung zur Respektierung der von ihr ratifizierten internationalen Abkommen und zur sofortigen Beendigung sämtlicher Aktionen auf, die unter dem europäischen Druck zur Behandlung der Migrationsfrage entstanden.

• Wir rufen die Europäische Union auf, sämtliche Mittel und Pressionen zur Übertragung der Kontrolle ihrer eigenen Außengrenzen an Drittstaaten der Union wie Marokko einzustellen.

Wir rufen auf zur Solidarität mit den abgeschobenen Migranten und den vor Ort arbeitenden Organisationen, die trotz bescheidener Mittel versuchen, den Betroffenen zu helfen

Dieser Offene Brief richtet sich an:

- die europäische Vertretung in Rabat, an die Europäische Kommission und an die Präsidentschaft der Europäischen Union
- an den marokkanischen Premierminister, den Innenminister und den Außenminister
- an den Menschenrechtsrat
- an die UNHCR-Vertretung in Rabat und an den Sitz der UNHCR in Genf

keineswegs um die Legalisierung von Einwanderung, sondern die „Steuerung“ von Migration, nicht zuletzt um die Nachfrage nach billiger Arbeitskraft zu befriedigen.

Der Plan sieht, neben einer kontingentierten Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte, die temporäre Zuwanderung von Saisonarbeitskräften im Tourismus, in der Landwirtschaft, im Baugewerbe u.ä.m. vor. Solche Saisonarbeitskräfte sollen etwa sechs bis neun Monate im Jahr in einem Mitgliedsland der EU bleiben und auch die Zusage erhalten können, im nächsten Jahr wiederzukommen. Insgesamt aber sollen Beschäftigungszusagen nur auf fünf Jahre begrenzt gegeben werden. „Grenzschutz oder biometrische Merkmale sowie ein elektronischer Vermerk mit dem Ende des Aufenthaltstitels sollen ferner dafür sorgen, dass sich die Zeitarbeitskräfte nach Ablauf ihrer Beschäftigung in der Europäischen Union nicht illegal aufhalten können“, vermerkt die österreichische Tageszeitung Standard (14.12.06). Schäuble, der sich diesen Plan zurechnet⁶, legt allerdings Wert darauf, dass über den Umfang der „zirkulären Migration“ jeweils die einzelnen Mitgliedstaaten entscheiden.

Auch der UN-Migrationsbericht befürwortet „zirkuläre Migration“, aber nicht als ausschließliches Konzept. Der Bericht plädiert für Wiederkehrmöglichkeit für Migranten und mehr Durchlässigkeit. Gefordert werden dort, schreibt Pro Asyl, vor allem reguläre Einwanderungsmöglichkeiten. Denn nur so liefern Migranten nicht Gefahr, bei der illegalen Einreise zu Tode zu kommen. Ob das EU-Modell den engen Flaschenhals für Migration, der jährliche Tausende Migranten das Leben kostet, wirklich merklich öffnet, ist jedoch

fraglich. Problematisch ist der Plan nicht nur wegen des Überwachungsregimes, dem die Saisonwanderarbeiter unterliegen. „Zirkulieren“ und zeitliche Beschränkung schließen Integration von vornherein aus. Es ist zu befürchten, dass sie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Wanderarbeiter grundlegend prägen, sie sozial, rechtlich, räumlich absondern und in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken. Hier ist auch daran zu erinnern, dass die BRD die UN-Wanderarbeiterkonvention nicht unterschrieben hat, die Mindeststandards gegen Diskriminierung setzt. Der von der EU-Innenministerkonferenz geförderte Plan löst weder das Problem der „Illegalen“ – im Gegenteil: mit Blick auf die südeuropäischen Länder fordert Schäuble, jede Legalisierung zu unterlassen – noch schafft er Bedingungen, das Massensterben vor den EU-Grenzen zu beenden.

Grenzüberschreitender Datenaustausch

Ein zweiter Themenkomplex der Innenministerkonferenz betraf die europaweite Vernetzung polizeilicher Datenbanken. Auf Drängen von Schäuble soll bis zum nächsten formellen EU-Innenministertreffen am 15.2. eine entsprechende Initiative ausgearbeitet werden. Vorbild ist der nach dem Ort seiner Verabschiedung, Prüm (Eifel), genannte Vertrag von Prüm, den im Mai 2005 zunächst sieben EU-Mitgliedstaaten (BRD, Österreich, Frankreich, Spanien und die Benelux-Staaten) geschlossen und der in den letzten Monaten sukzessive in Kraft trat. Der Vertrag erlaubt einen umfassenden Datentransfer, der den automatisierten Abgleich von DNA-Profilen, Fingerabdrücken und Kraftfahrzeugdaten beinhaltet. Jeder Staatsapparat kann direkt auf die zen-

tralen Datenbanken der jeweils anderen zugreifen. Schäuble röhmt das als „Quantensprung“. Innerhalb weniger Minuten könnte festgestellt werden, ob zum abgefragten Profil Treffer bei den Vertragspartnern vorliegen. Auch hier sind unter anderem und besonders Flüchtlinge und Migranten betroffen, deren Daten ausgetauscht werden. Weitere Regelungen des Datenaustausches wurden im Bereich der „Bekämpfung des Terrorismus und reisender Gewalttäter“ getroffen. „Zu preventiven Zwecken“ könnten Informationen im Rahmen von Großveranstaltungen über „reisende Gewalttäter, wie etwa Hooligans (z.B. bei Fußballspielen, Tagungen des Europäischen Rates oder anderen internationalen Gipfeltreffen)“.⁷ Zu Recht kritisiert die Linkenfraktion-Abgeordnete Jelpke, dass es für einen Datenaustausch bereits genüge, eine Person im Verdacht zu haben, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden. „Ein Richterbeschluss ist nicht erforderlich. Das läuft auf willkürliche Verletzungen des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung hinaus.“⁸

Christiane Schneider

1 Download unter: www.bmi.bund.de/cln_012/nn_122688/Internet/Content/Broschueren/2007/Europa_sicher_leben_BMI_Arbeitsprogramm.html

2 Presseerklärung des BMI vom 3.1.07

3 Pro Asyl, Zum Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Menschenrechte und Flüchtlingschutz – blinde Flecken auf Deutschlands Agenda

4 Frankfurter Rundschau, 16.1.

5 Zitiert nach Pro Asyl, s. Fußnote 3

6 ‘Europa sicher leben’ – Das Arbeitsprogramm des Bundesministeriums des Innern für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007, siehe Fußnote 1

7 Pressemitteilung des BMI vom 15.1.07

8 PE Die Linke., 14.1.07



Türkei: Der Widerstand gegen die F-Typ-Gefängnisse entwickelt sich zu einer Bewegung

Aus dem öffentlichen Bewusstsein Europas fast verschwunden ist das furchtbare Massaker, das Armee und Polizei am 19. bis 22. 12.2000 in türkischen Gefängnissen anrichtete, bei dem Menschen bei lebendigem Leibe verbrannt wurden und insgesamt 28 politische Gefangene ihr Leben verloren. Damals ging es darum, die F-Typ-Gefängnisse endgültig durchzusetzen. Seither führen Gefangene der DHKP-C und Angehörige einen „Todesfastenwiderstand“ gegen das Isolationsregime der F-Typ-Gefängnisse durch, der weit mehr als 100 Menschen das Leben kostete. Seit Dezember letzten Jahres nimmt der Widerstand gegen das Isolationsregime ein anderes Ausmaß an, u.a. auch deshalb, weil der inzwischen fast 300 Tage andauernde Hungerstreik des bekannten Menschenrechtsanwalts Behic Asci große Aufmerksamkeit erhalten hat. Am 15. Dezember demonstrierten auf Aufruf der Anwaltskammer Istanbul, unterstützt von den Anwaltskammern anderer Großstädte und von der Türkischen Ärztevereinigung,

Hunderte Anwälte und Ärzte unter dem Transparent „Isolationshaft ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte“ (Bild links). Auch verschiedene NGOs, Künstlervereinigungen und zunehmend Gewerkschaften, so die KESK und die DISK Genel-Is, gehen verstärkt seit Anfang Januar an die Öffentlichkeit und trotzen der Repression. Jeden Samstag findet auf dem touristenbekannten Taksim-Platz in Istanbul ein öffentlicher Sitzstreik statt (Bild rechts); am 6.1. gingen Mobile Einsatzkräfte mit Hunden und Panzern dagegen vor. Der Widerstand zeigt Wirkung. Parlamentspräsident Bülent Arinc sprach Ende Dezember mit Vertretern der NGOs und unter anderem auch mit Angehörigen von Hungerstreikenden und bezeichnete die F-Typ-Gefängnisse dabei als „unmenschlich“. Der Justizminister kündigte vage „Verbesserungen“ an, doch konkrete Zusagen zur Aufhebung der Isolationshaft hat die Regierung bisher nicht gemacht. (Quelle: Gefangen Info 319 und 320) **Letzte Meldung vom 23.1.:** Auf Grundlage eines Erlasses des Justizministeriums sollen die Haftbedingungen in den F-Typ-Gefängnissen gelockert werden. Nach Bekanntwerden wurde das Todesfasten daraufhin unterbrochen.

Konflikt um iranisches Atomprogramm eskaliert

Am 23. Dezember hatte der Weltsicherheitsrat eine Iran-Resolution angenommen, die Sanktionen gegen militärische Atomprogramme des Iran vorsieht. Die Sanktionen zielen auf Tätigkeiten, die mit der Urananreicherung, dem chemischen Reprocessing, Schwerwasser-Projekten und mit der Produktion von Kernwaffenträgern zusammenhängen. Iran hatte mit Gegendrohungen geantwortet, und in der Tat spitzt sich der Konflikt weiter zu. Am 21.1. kündigte die iranische Regierung ein dreitägiges Manöver an, in dessen Verlauf auch neue Raketentests durchgeführt werden sollen. Erst im November hatte Iran eine Rakete des Typs Shahab-3 getestet, die auch Israel erreichen könnte. Nahezu gleichzeitig gab die Regierung bekannt, bis zum 20. März 3000 Uran-Anreicherungszentrifugen zu bauen, bisher sind 164 Zentrifugen im Betrieb. Erklärtes Ziel ist letztlich der Bau von 54.000 Zentrifugen. Die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti schreibt dazu: „Russischen Nuklearexperten zufolge wird eine solche Zahl von Zentrifugen es Iran gestatten, eigenen Nuklearbrennstof für ganze 20 AKW-Blöcke gleichzeitig herzustellen. Einstweilen ist in Iran die Inbetriebnahme nur eines Blocks vorgesehen, der jetzt in Bushehr gebaut wird. Sein Start ist im September und die Inbetriebnahme im Novem-

ber geplant ... Zugleich könnten diese 54.000 Zentrifugen ... auf Wunsch oder, wie man in solchen Fällen sagt, beim politischen Willen es dem Iran ermöglichen, in höchsten zwei Wochen fünf bis sieben nukleare Sprengköpfe herzustellen.“ Die Nachrichtenagentur erinnerte daran, dass Iran auch im Sicherheitsrat Unterstützung durch Russland erhalten habe, und fährt fort: „Aber nichts kann ewig dauern.“ Am 23. Februar wird die IAEA dem UN-Sicherheitsrat einen Bericht zum „iranischen Atomdossier“ vorlegen. Währenddessen erhalten Gerüchte über Militärschläge gegen Iran in der US-amerikanischen Hauptstadt neue Nahrung. (Quelle: RIA Novosti u.a.)

USA: Mindestlohn auf 7,25 Dollar angehoben

Das US-Repräsentantenhaus hat sich am 10. Januar mit 315 zu 116 Stimmen dafür ausgesprochen, den gesetzlichen Mindestlohn von 5,15 Dollar auf 7,25 Dollar anzuheben. Einen Mindestlohn gibt es in den USA seit 1938, das letzte Mal wurde er 1997 erhöht. Betroffen von der Erhöhung sind nach Angaben des Wirtschaftsforschungsinstituts Economic Policy Institut in Washington etwa 6 Millionen Arbeiter, die bisher weniger als 7,25 Dollar verdienen. Noch muss der Senat dem Gesetzentwurf zustimmen. Derweil engagieren sich im Bündnis „Let justice roll“ mehr als 80 Orga-

nisationen in den US-Bundesstaaten und in größeren Städten mittels Referendum erfolgreich für die Anhebung regionaler Mindestlöhne. Viele halten die Erhöhung auf 7,25 Dollar für einen ersten Schritt, der bei weitem nicht ausreiche, Armut trotz Arbeit zu verhindern. (Quelle und Foto: <http://www.letjusticeroll.org/>)



Österreich: Teilweise dramatische Lohnverluste

Eine vom Rechnungshof erstellte Analyse der Lohnentwicklung zwischen 1998 und 2005 ergab jetzt: Die mittleren Einkommen aller Beschäftigten sind in diesen sieben Jahren nicht gestiegen, die Einkommen der Arbeiter sogar um 10% gesunken. Die 10% Lohnabhängigen mit den niedrigsten Einkommen mussten sogar Lohneinbußen von 25% hinnehmen. Einzig die Löhne der Staatsangestellten haben sich in etwa mit dem Bruttosozialprodukt pro Kopf entwickelt. (Standard, 21.1.)

Zusammenstellung: scc

BONN. Über 1.000 Schülerinnen, Schülern, Lehrerinnen und Lehrern zeigen am 12.1.2007 dem Rassismus die Rote Karte. Seit sechs Jahren trägt die Gesamtschule Beuel die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus“. Gemeinsam mit der Aktion Courage geht sie nun noch einen Schritt weiter. Das Ziel: Der Stadtrat soll bis zur Eröffnung des Neubaus für das Internationale Kongresszentrum eine Antidiskriminierungsagenda verabschieden. Inhalte wollen die Schüler laut Schülersprecher Timo Graumann selbst erarbeiten. Die Unterstützung von Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann ist ihnen sicher. Eine Stadt gegen Rassismus zu werden, dass müsse für eine UN-Stadt selbstverständlich sein, sagte sie. www.schule-ohne-rassismus.org/



27. Januar Auschwitz-Gedenktag – auch bei der Bahn!

BERLIN. Bürgerinitiativen in mehr als zehn deutschen Städten rufen zu Protest- und Gedenkveranstaltungen in den Bahnhöfen der Bundesrepublik sowie auf dem Schienennetz der Deutschen Bahn AG auf. Damit solle an die drei Millionen Deportierten erinnert werden, die während der NS-Zeit mit der Deutschen Reichsbahn in Arbeits- und Vernichtungslager geschleust wurden, heißt es in einem Aufruf zum 27. Januar, dem Auschwitz-Gedenktag.



Bundesweite Erinnerung und würdige Proteste seien dringend notwendig, da sich der Bahnhofsleiter Mehldorn noch immer weigere, über die Opfer seines Vorgängerunternehmens vorbehaltlos zu informieren. Stattdessen solle eine Ausstellung im Nürnberger Bahn-Museum als Grundlage des öffentlichen Gedenkens genügen.

Dieses Diktat sei beschämend, urteilen die Bürgerinitiativen. „In dem Bahnmuseum wird das Schicksal der Deportierten in einer Ausstellungsecke von 18 Quadratmetern abgehandelt (...) 18 Quadratmeter: weniger Fläche als in einem einzigen Deportationswaggon.“ Wenn sich Mehldorn „nicht vorbehaltlos der Vergangenheit stellt und die europaweite Beihilfe zum Massenmord weiter als lästige Verschlusssache behandelt, wird der internationale Druck noch größer werden“, kündigt der Aufruf an. Ausdrücklich wird zu Protesten „in den Zügen der Deutschen Bahn AG“ aufgerufen. www.german-foreign-policy.com

Mahnwache „Erinnern heißt handeln! Antisemitismus bekämpfen!“

OBERNKIRCHEN. In den Abendstunden des 20.1.2007 versammelten sich knapp

200 Menschen am Gedenkstein für die ehemalige Synagoge in der niedersächsischen Kleinstadt Obernkirchen (Landkreis Schaumburg, zwischen Hannover und Bielefeld) um dort eine Mahnwache unter dem Motto „Erinnern heißt handeln! Antisemitismus bekämpfen!“ abzuhalten. Initiator war ein breites Bündnis aus DGB, jüdischen wie christlichen Gemeinden und anderen VertreterInnen des öffentlichen Lebens Obernkirchens. Es beteiligten sich auch zahlreiche autonome AntifaschistInnen. Der Anlass für die Mahnwache war die erneute Schändung des jüdischen Friedhofes in der Silvesternacht durch Neonazis. Die für eine Mahnwache hohe TeilnehmerInnenzahl von 200 verdeutlicht die positive Resonanz. Es wurde klar gestellt, dass so verachtenswerte Taten wie die Schändung eines jüdischen Friedhofes nicht unwidersprochen bleiben. Die Weichen für eine weitergehende Bündnisarbeit in Obernkirchen sind spätestens durch dieses deutliche und erfolgreiche Zeichen des Protestes gestellt. <http://de.indymedia.org>

Den Nazis keinen Zentimeter am 13. Februar in Dresden

DRESDEN. Wie mittlerweile jedes Jahr, wollen Nazis aus Deutschland und dem Ausland am 13. Februar gemeinsam den „Opfern des alliierten Bombenterrors“ in Dresden gedenken. Mit dieser Demonstration verherrlichen die Alt- und Neonazis den Nationalsozialismus, deuten NS-TäterInnen zu Opfern um und leugnen die Shoah. Jedes Jahr gibt es in Dresden rund um den 13. Februar vie-



le Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch, getragen von Parteien über Gewerkschaften bis hin zu Initiativen und linken Gruppen. Bereits im letzten Jahr wurde gemeinsam und friedlich auf der Augustusbrücke blockiert. Dieses Jahr rufen Initiativen und linke Gruppen bereits im voraus zu einer solchen Blockade des Naziaufmarsches auf. Sie schreiben u.a.: „Viele Aktionen fanden bisher abseits der Nazi-Route statt und reichten deshalb nicht aus, um die Nazis zu stoppen oder zu stören. Gerade die Erfahrung aus dem letzten Jahr zeigt jedoch, dass eine von vielen Menschen getragene und friedliche Blockade auf der Marschroute ein sehr wirksames Mittel zur Verhinderung des Aufmarsches ist. Um dieses Anliegen in Dresden besser publik zu machen, wurde das Logo Blockieren kreiert. www.nazis-blockieren.tk

Kundgebung und Demo nach Brandanschlag in Sangerhausen

SANGERHAUSEN. Am 13.1.2007 veranstaltete das örtliche Aktionsbündnis gegen Rechts eine Kundgebung zum Gedenken an den rassistischen Brandanschlag vom 6. Januar 2007 auf das Asylbewerberheim in Sangerhausen (Sachsen-Anhalt). Dem Aufruf folgten ca. 70 bis 80 Sangerhäuser BürgerInnen und etwa dieselbe Zahl junger AntifaschistInnen aus Sachsen-Anhalt und dem benachbarten Thüringen. Die Kundgebung fand direkt vor der Unterkunft der AsylbewerberInnen statt und begann um 15 Uhr mit Musik und einem Redebetrag des örtlichen Bündnisses. Es wurde nicht nur der rassistische Mordversuch verurteilt, sondern deutlich formuliert, dass auch jene, die Ausländer und Ausländerinnen kontinuierlich unter Generalverdacht stellen und rassistische Sondergesetze und Entmündigungen in Heimen durchsetzen, Mitverantwortung für die Nazischläge tragen. Danach kamen die MigrantInnen selbst zu Wort. Sie bedankten sich für die Solidarität und gaben kurz wieder, wie sie den Anschlag erlebt hatten. Verzweifelt berichteten sie über ihren All-

tag, bei dem rassistische Pöbeleien und Übergriffe an der Tagesordnung sind. Darüber hinaus wurden die unhaltbaren Zustände in dem staatlichen Heim thematisiert. So wurde geschildert, wie bis zu vier junge Männer und Familien mit Kindern gezwungen sind, in Einraumwohnungen zu leben. Nach Beendigung der Kundgebung fanden sich ca. 50 junge AntifaschistInnen spontan zu einer Demonstration zusammen. Sie zogen lautstark durch die Innenstadt und zum Bahnhof, um auch jenseits des abgelegenen Standortes der AsylbewerberInnen auf die Situation der MigrantInnen aufmerksam machen. Die zunächst überraschte Polizei zeigte sich bei der Spontandemonstration durch das Zentrum weitestgehend zurückhaltend, nur zu Beginn gab es kleinere Rangeleien. Einhellig bekundeten die DemonstrationsteilnehmerInnen: „Wir werden auch weiterhin den antifaschistischen Widerstand in der Region stärken und uns entschlossen und geschlossen allen rechtsextremen Bestrebungen entgegenstellen!“ <http://agst.antifa.net/>

Unterschriften für Kehrtwende in der Familienpolitik der Stadt

ARNSBERG. Der Verein Arnsberger Kinder hat ein Bürgerbegehren gestartet und sammelt derzeit Unterschriften unter der Fragestellung: „Sind Sie dafür, dass die Stadt Arnsberg noch in diesem Kindergartenjahr das Betreuungsangebot in den Kindergärten und den Grundschulen durch zusätzliches Betreuungspersonal erheblich verbessert und die Finanzierung der Betreuung sozial gerechter gestaltet, ohne Kindergarten oder Kindergartengruppen in der Stadt Arnsberg zu schließen oder die Betreuung im Umfang zu verringern?“ Mehr auf der Homepage des Vereins:

LEG-Verkauf auf 2008 verschoben – DGB wirbt für Absage

BOCHUM. Der DGB-Bochum hat die Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers, den Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und damit von über 100.000 Wohnungen auf das Jahr 2008 zu verschieben, begrüßt. DGB-Bezirksvorsitzender Michael Hermund: „Offensichtlich ist der Verkauf einer so großen Wohnungsgesellschaft schwieriger, als sich dies Rüttgers, Wittke und Linssen vorgestellt haben. Die Verschiebung bedeutet für die Mieter eine Atempause und räumt der Landesregierung die Möglichkeit ein, nochmals über den aus gewerkschaftlicher Sicht unsinnigen Verkauf nachzudenken.“

Aus der Sicht des DGB ist allerdings ein gänzlicher Verzicht auf den LEG-Deal noch besser, weil ein Verkauf zu erheblichen Belastungen für die betroffe-

nen Mieter führen wird und die städtebaulichen Handlungsmöglichkeiten des Landes einschränkt. Der DGB Bochum ruft daher auf, sich weiter an der Volksinitiative gegen den LEG-Verkauf zu beteiligen, inzwischen sind alleine in Bochum 2.000 Unterschriften gesammelt worden. www.volksinitiative-leg.de

Keine Städtefusion ohne Bürgerentscheid

DÜSSELDORF. Die Initiative Mehr Demokratie fordert die Einführung obligatorischer Bürgerentscheide über die Zusammenlegung oder Trennung von Gemeinden. Anlass ist der Vorschlag des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Jürgen Büssow (SPD), die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal zu einer Kommune zusammenzufassen. Büssow hatte diesen Vorschlag aufgrund der schlechten Finanzlage der drei Städte gemacht. „Die Zusammenlegung von Gemeinden hat direkte Auswirkungen auf die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger, deshalb müssen solche Fusionen auch per Abstimmung von den Bürgern gebilligt werden“, sagte Daniel Schily, Landeschef für die Landesgeschäftsleitung von Mehr Demokratie, am 15.1.2007 in Köln.

RCDS treibt Auflösung studentischer Selbstverwaltung voran

BERLIN. Der den AStA der TU Berlin dominierende rechte Ring Christlich-Demokratischer Studenten treibt die Auflösung studentischer Selbstverwaltung weiter voran. Auf der Sitzung vom 17.1.2007 beschloss der AStA der Technischen Universität Berlin unter dem Vorsitz von Gottfried Ludewig die schnellstmögliche Schließung der BAföG- und Sozialberatung. Argumentiert wird mit einem angeblichen Mehrfachangebot an der TU Berlin. Dass die BAföG- und Sozialberatung seit Jahren Studierende bei der Antragsstellung unterstützt und unabhängige Rechtshilfe bietet, blenden die AStA-Referenten dabei aus. Bereits im November letzten Jahres erklärte der Vorsitzende Ludewig die AStA-eigene Druckerei für geschlossen. Auch der vom TU Präsidenten Prof. Dr. Kurt Kutzler festgesetzte studentische Mindestbeitrag von 5,81 Euro wird anwaltlich geprüft und gegebenenfalls gerichtlich angefochten. Tatsächlich plant der AStA einen Beitrag von 3,96 Euro, was einer Auflösung der studentischen Selbstverwaltung gleichkäme. Erschwerend kommt hinzu, dass der CDU-nahe RCDS nicht einmal fähig ist, seinen Haushalt im Studierendenparlament genehmigen zu lassen.

Der Hochschulpolitische Ratsschlag verurteilt die undemokratische Verfahrensweise des AStA.

Proteste gegen Einkommensverluste

OLDENBURG. Den rund 3.000 Beschäftigten des Diakonischen Werkes Oldenburg drohen Einkommensverluste von bis zu 13 Prozent. Mit einer Protestveranstaltung im Oldenburger Kulturzentrum PFL und einem Demonstrationszug zum Evangelischen Krankenhaus und zur Zentrale des Diakonischen Werkes machten am 11.1.2007 mehr als 500



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie dem Unmut über mögliche Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen Luft. Statt eines Einkommensverzichts forderten sie, ebenso wie die Gewerkschaft ver.di, 3,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt. „Wir dürfen uns nicht von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abhängen lassen“, sagte Peter Oehne, Vorsitzender der Mitarbeitervertretung beim Evangelischen Krankenhaus Oldenburg. Es bestehে sonst die Gefahr, dass mittelfristig für soziale Berufe keine qualifizierten Kräfte mehr zu finden seien. Schon jetzt sei es schwierig, gut ausgebildetes Fachpersonal zu bekommen. www.ag-mav.de

Keiner hats gemerkt: VS darf private Heimcomputer ausspionieren

DÜSSELDORF. „Das Ausspionieren von Computern und E-Mails kommt letztlich einer elektronischen Hausdurchsuchung gleich, ohne dass die Betroffenen davon erfahren und die Maßnahmen gerichtlich überprüfen lassen können. Selbst der Kernbereich der Privatsphäre ist künftig vor dem Zugriff des Verfassungsschutzes nicht mehr sicher,“ erläuterte der Münsteraner Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhler zentrale Aspekte der Verfassungsbeschwerde. So heißt es in einer Erklärung der Anti-Kernkraft Bewegung, die sich gegen das neue Verfassungsschutzgesetz von Nordrhein-Westfalen wendet. RA Wilhelm Achelpöhler hat es in die Hand genommen, gegen das Gesetz Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe einzulegen. Monika Düker (MdL), innenpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag von NRW, hat den Sozialdemokraten vorgeslagen, in Münster beim Landesverfassungsgericht gegen das Gesetz zu klagen. SPD und Grüne hatten am 20.12. gegen das Gesetz gestimmt. Die VVN-BdA legt in ihrer Homepage eine kurze Dokumentation zum Gesetz vor, das ohne öffentliche Diskussionen von CDU und FDP durch den Düsseldorfer Landtag gebracht wurde. www.nrw.vvn-bda.de



Proteste wegen Repressionswelle gegen kurdische Mitbürger

STUTTGART. So wie in vielen anderen Städten protestierten am Samstag, den 20. Januar, mehrere hundert Kurdinnen und Kurden auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen die Durchsuchung von kurdischen Vereinsräumen und Wohnungen am 10. Januar in verschiedenen Bundesländern, darunter Baden-Württemberg. Außerdem wurde kritisiert, dass bis zu diesem Zeitpunkt die Mörder des armenisch-stämmigen Journalisten Hrant Dink noch nicht dingfest gemacht waren.

In einem Flugblatt von YEK-KOM e.V. Düsseldorf wurde die Repression gegen Kurdinnen und Kurden in Deutschland kritisiert. Die Türkei ihrerseits setze erneut auf eine militärische Lösung. „Doch haben alle bisherigen Erfahrungen gezeigt, dass politische Probleme auch militärisch nicht zu lösen sind. Daher ist es wichtig, dass ein aktiveres und wirksames Lösungsprojekt entwickelt wird. Deutschland sollte bei der Ausarbeitung und Umsetzung eines solchen Projektes eine führende Rolle spielen und versuchen, eine Brücke des Dialogs und der Lösung zwischen den Kunden und der Türkei zu schlagen.“ Außerdem werden die politisch Verantwortlichen in Deutschland aufgefordert, Organisationsverbote und Kriminalisierung gegenüber Kurden aufzugeben und in einen Dialog einzutreten: „Die politisch Verantwortlichen sind aufgefordert, sich einem Dialog nicht weiter zu verweigern und die veränderten Realitäten anzuerkennen. Denn:

– Das PKK-Verbot ist überholt, weil es weder die Demokratiebewegung noch die Integrationsbemühungen der Kurden zur Kenntnis nimmt.

– Das PKK-Verbot ist ungerecht, weil mit ihm und den aus seiner Logik geschaffenen Straftatbeständen die Kurden als Menschengruppe zweiter Klasse behandelt werden.

– Das PKK-Verbot ist gefährlich, weil es die demokratischen Menschenrechte allgemein relativiert und in Frage stellt und weil es dem staatlichen Terror der Türkei Vorschub leistet.“ (rok)

München: Freitag, 9. Februar, 16 Uhr Kundgebung Marienplatz

Stoppt Folter und Kriegsterror – Für Frieden

Die jedes Jahr stattfindende sogenannte „Münchner Sicherheitskonferenz“ ist entgegen der Propaganda der Veranstalter eine hochkarätige Kriegstagung. Im Münchner Nobelhotel „Bayerischer Hof“ geht es nicht um internationale Sicherheit. Die Konferenz dient ausschließlich der Vorbereitung und Propagierung weltweiter Kriegseinsätze der NATO-Staaten.

Versammelt sind Außen- und „Verteidigungs“-Minister, sogenannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generalen sowie Vertreter der weltweit größten Rüstungskonzerne. Sie koordinieren Militärstrategien, sprechen weltweite Interventionspläne ab und schmieden Kriegskoalitionen:

1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien

2002 der „Krieg gegen den Terror“, der sich zu einem permanenten Krieg gegen den Rest der Welt ausgeweitet hat

2003 der Angriffskrieg gegen den Irak und in den folgenden Jahren ging es um die Absicherung der völkerrechtswidrigen und brutalen Besatzungsherrschaft im Irak und in Afghanistan.

Der Libanonfeldzug der israelischen Armee war für die US-Regierung Teil des Projekts der neokolonialen Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens.

Die nächste militärische Aggression zielt auf den Iran.

Vier Monate vor dem Gipfel der G8-Staatschefs im Ostseebad Heiligendamm treffen sich in München die Militärstrategen der reichen und mächtigsten Staaten der Welt. Beide Gipfeltreffen verdienen eine gebührende Antwort: Massenhaften Protest und Widerstand.

Unsere Proteste richten sich gegen ihre Welt-Neuordnungskriege, gegen

ihr System, das sich ausschließlich am Profit orientiert, ein Herrschaftssystem, das so wohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht.

Die Herrschenden der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten erheben den Anspruch auf Kontrolle der weltweiten Öl- und Gasressourcen. Sie setzen ihre wirtschaftlichen Interessen und globalen Machtansprüche notfalls auch mit militärischer Gewalt durch. Der „Krieg gegen den Terror“, mit dem auch Folter legitimiert werden soll, dient dafür als Vorwand. Die Folgen dieser Gewaltpolitik sind Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen weltweit. In ihrer gemeinsamen Außenpolitik setzen die EU-Staaten auf die Abschottung Europas. Dazu gehören die Interventionstruppen ebenso wie die rassistischen



Was ist die Sicherheitskonferenz?

„Was das Weltwirtschaftsforum in Davos für die Spitzenvertreter der internationalen Wirtschaft ist, ist die Sicherheitskonferenz in München für die Repräsentanten der strategischen Gemeinschaft.“

Diese Einschätzung trifft Horst Teltschik, Vorstandsmitglied bei BMW, auf der hauseigenen Konferenz-Internetseite unter dem Motto „Münchner Sicherheitskonferenz – das Davos der Sicherheitspolitik“.

Seit 1998 organisiert und leitet der ehemalige deutsche Kanzlerberater für Sicherheitspolitik im Auftrag der BMW-eigenen „Herbert-Quandt-Stiftung“ die Münchner Militärtagung.

Die Neutronenbombe wurde hier genauso hoffähig gemacht wie die Nato-Nachrüstung, der atomare Erstschlag oder die militärstrategischen Konzepte der Zukunft: Seit

Jahren werden hier Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes („out of area“) vorbereitet oder der „Sicherheitsbegriff“ ausgedehnt auf nicht-militärische Bedrohungen, und damit ein Dauer-Kriegs-Zustand legitimiert, der lokal und zeitlich entgrenzt oder als Präventivschlag mit oder ohne UN-Mandat geführt wird. An Präventivkriegskonzepten arbeiten dabei nicht nur die USA, sondern längst auch die Bundeswehr.

Seit 1998 sitzt auch die Rüstungslobby direkt mit am Tisch. Der DASA-Vorstandsvorsitzende Manfred Bischoff nutzte bereits bei seiner Antrittsrede die Gelegenheit: Er beklagte den immer größer werdenden technologischen Rückstand zu den USA und forderte eine „Europäisierung der Luft- und Raumfahrtindustrie“.

Ohne die Zwänge eines offiziellen Protokolls und die Notwendigkeit von Abschlusserklärungen wird auf der Münchner Konferenz in einem informellen Rahmen diskutiert und dabei Klarertext geredet. „Gerade in ihrer Funktion als Kontakt- und Informationsbörse einerseits sowie

- Samstag, 10. Februar, 12 Uhr Auftakt Marienplatz

den und soziale Gerechtigkeit weltweit!

Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts sowie die Errichtung von „Auffang-Lagern“ in Nordafrika. Vor den Toren Europas wird tödliche Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten ausgeübt.

Die Militarisierung der Außenpolitik, die Verschärfung der „Sicherheits“-Gesetze und der massive Sozialabbau gehen Hand in Hand.

Während der Militäretat erhöht wird, viele Milliarden für neue Waffensysteme und die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr ausgegeben werden, zerstört die Bundesregierung die Sozialsysteme. Damit einher gehen: Abbau der Bürgerrechte, Ausbau der Überwachungs- und Kontrollsystme, Ausweitung der Polizei- und Geheimdienstbefugnisse bis hin zur Forderung nach Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Die Politik der Konzerne, der Banken und der neoliberalen Parteien führt zu dauerhafter Umverteilung von unten nach oben und bedroht alle gleichermaßen: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und RentnerInnen, Menschen mit und ohne deutschen Pass.

Als breites Bündnis unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Gruppen sind wir Teil der weltweiten Widerstandsbewegung gegen soziale Demontage, gegen imperiale Vorherrschaft, gegen Rassismus und Aufrüstung, gegen Folter und Krieg. Wir lassen uns nicht spalten: Unsere Vielfalt ist unsere Stärke.

Zeigen wir den selbsternannten Welt herrschern, den Kriegsstrategen in München und den G8 in Heiligendamm: Ihr seid hier und anderswo unerwünscht. Die Zeiten sind vorbei, dass Ihr Euch von der Öffentlichkeit weitgehend unbehelligt versammeln konntet.

Diskussionsforum mit hoher Medienwirksamkeit andererseits liegt die große Anziehungskraft der Münchner Sicherheitskonferenz begründet“ (Teltschik).

Der tiefere Sinn der Konferenz besteht vor allem in der Möglichkeit, am Rande der Sitzungen Gespräche „unter vier Augen“ führen zu können. Im informellen Austausch zwischen Vertretern der Rüstungsindustrie, militärstrategischen „Think Tanks“ und RegierungsvertreterInnen liegt der wahre Wert der Konferenz.

So finden sich seit Jahren VertreterInnen von Konzernen wie Daimler Chrysler, EADS, Krauss-Maffei Wegmann, Boeing, Lockheed Martin usw. auf der TeilnehmerInnenliste.

Außerdem pilgern unzählige ehemalige Generäle und sogenannte „SicherheitsexpertInnen“ von Organisationen und Instituten wie der „Rand Cooperation“, der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP) oder dem „Institut für Strategische Analysen“ (ISA) nach München.

Eurer Politik setzen wir weltweit Protest und Widerstand entgegen.

Wir rufen dazu auf: Mischt Euch ein, gestaltet die Demonstration mit kreativen Beiträgen, beteiligt Euch an den Protesten und Gegenveranstaltungen in München!

- Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten – Die Kriegsplaner dürfen nicht durchkommen!
- Für ein soziales Europa – Keine EU-Militärmacht
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jegliche deutsche Kriegsunterstützung
- Internationale Solidarität gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus
- Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge und Migranten statt Stacheldraht und Lager – Fluchtursachen bekämpfen
- Statt sozialer Demontage und Aufrüstung – Umverteilung von oben nach unten
- Keine Lieferungen von Waffen und Kriegstechnologie – auch nicht in den Nahen und Mittleren Osten
- No justice No peace – Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden!

Freitag, 9. Februar 2007, 16 Uhr:
Protestkundgebung auf dem Marienplatz

Samstag, 10. Februar 2007, 12 Uhr:
Großdemonstration vom Marienplatz zum Tagungsort der Kriegsstrategen

BÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITS-KONFERENZ

Unterstützer und weitere Veranstaltungen siehe
www.muenchner-friedensbuendnis.de/

Aus der BRD beteiligen sich insbesondere Stabskader der Bundeswehr, DiplomatInnen, Militär- und außenpolitische ExpertInnen der großen Parteien (inklusive der Grünen) an der Konferenz.

Neben den rund 400 JournalistInnen, die die Konferenz begleiten werden, gehören auch zahlreiche FachjournalistInnen zu den KonferenzteilnehmerInnen. Für Teltschik ein Zeichen von Offenheit und Transparenz – für andere ein Ausdruck für die Verwobenheit von Journalismus und Kriegsführung.

Die inhaltlichen Beiträge kommen größtenteils von militärischen Öffentlichkeitsprofis:

Oberstleutnant Klaus D.Treude (ehemaliger Bataillonskommandeur beim I./LwAusbRgt 3 in Mengen) ist heute Abteilungsleiter beim Presse- und Informationszentrums der Luftwaffe (PIZLw) und Autor in „Die Bundeswehr“, dem Magazin des Deutschen Bundeswehr Verbandes. Er ist für die Öffentlichkeitsarbeit der Konferenz zuständig.

Soldatengottesdienst im Kölner Dom – nicht ohne Störung

KÖLN. Zum 31. Soldatengottesdienst segnete Kardinal Meisner am 11. Januar im Kölner Dom die Bundeswehr und ihr mörderisches Geschäft gemäß seiner fundamentalistischen Logik „in betenden Händen ist die Waffe vor Mißbrauch sicher“.

Vor Beginn der Zeremonie hatte sich unbemerkt ein 20-köpfiger Chor unter die Gäste im Dom gemischt und den 1500 SoldatInnen überraschend ein Lied (in hervorragender Akustik) präsentiert, in dem es nach der Melodie von „Ihr Kinderlein kommet“ u.a. heißt:

Ihr Krieger kommt alle
Zum Kölner Kardinal.
Er segnet die Waffen
Wäscht Blut vom schwarzen Stahl.
Und hört was das Volk
Über Euch offen spricht
Es ist eine Schande
Ein Segen ist's nicht.
Draußen vor dem Dom sammelten sich etwa 60 AntimilitaristInnen, um so-



wohl den Einzug des Kardinals samt seiner SoldatInnen als auch deren Abgang mit lauter Beschallung zu begleiten. Das hoch aufragende Fototransparent „Bundeswehr wegtreten“ konnten alle auf dem Domplatz lesen.

Militär und Klerus lernen offenbar nicht dazu: Bereits zu ihrer 50 Jahrfeier versuchte die Bundeswehr mit Hilfe der katholischen Kirche sich in Szene zu setzen. Ein öffentliches Gelöbnis mit abendlichem Zapfenstreich vor dem Kölner Dom sollte ein großes Spektakel werden. Hunderte von KriegsgegnerInnen hatten ihnen damals mit lautstarke Protesten einen Strich durch die Rechnung gemacht. „Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen können“, so der Kommentar eines Aktivisten des Kölner Aktionsbündnisses gegen Krieg und Rassismus. Und das galt auch wieder an diesem 11. Januar!

www.bundeswehr-wegt.reten.tk

Kardinal Meisner segnete weltweite kriegseinsätze für Rohstoffe

Meisners Predigt an die Soldaten hatte zur Herzmitte die festgelegten Ziele des kürzlich veröffentlichten Bundeswehr-Weissbuches. Dort fordert die Bundesregierung die umfassende Ausrichtung der Bundeswehr auf weltweite Einsätze. Entsprechend predigte Meisner den Bundeswehreinsatz in der ganzen Welt schon mit dem ersten Satz: „Der Sinn und der Zweck unserer Bundeswehr bestehen darin, den Frieden in unserem Land und den Frieden in Europa und der Welt sichern zu helfen.“

Das Bundeswehr-Weissbuch fordert präventive Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für welche Interessen? Für die Höchstprofite der deutschen Großkapitalisten soll die Bundeswehr weltweit Kriege führen, laut Bundeswehr-Weissbuch für „eine gesicherte Rohstoffzufuhr und sichere Transportwege in globalem Maßstab“. „Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas ist eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Dabei stellen sich globale Herausforderungen.“

Kardinal Meisner weiß, wie immer bei jeder aktualisierten Begründung weltweiter Kriegseinsätze, seinen göttlichen Rat. Er bleute den katholischen Soldatinnen und Soldaten ein, ihr Gott stehe ihnen immer bei, wenn sie „wettbewerbsfähige“ Ressourcen mit Bomben und äußerst vielen zivilen Toten weltweit erobern. Denn: Wer keinen katholischen Gott habe, betreibe Raubbau an den Ressourcen der Welt.

Meisner behauptete in seiner Predigt, der Mensch habe den Himmel abgeschafft. Naja, jeder Mensch kann zwar bei Tageslicht deutlich erkennen, dass der Himmel noch vorhanden ist. Wenn aber der Himmel dem Kardinal auf den Kopf gefallen war und deswegen für ihn jetzt nicht mehr da ist, schlussfolgert Meisner: Der Mensch „versucht nun, seinen Ewigkeitshunger an den Gütern dieser Welt zu stillen. Dabei verzehrt er buchstäblich die Ressourcen der Welt – und wurde daran doch nicht satt. Der Raubbau an der Welt hat seinen Grund im Abbau des Himmels und seiner Reichtümer. Eine Welt ohne Himmel fällt unter die Räuber.“

Räuber?! Da müssen die katholische Soldatin und der katholische Soldat hin, um die wettbewerbsfähige Versorgung der westdeutschen Kapitalisten zu retten.

Hat eine Soldatin oder hat ein Soldat etwa Bedenken gegen diese Himmel-Abbau-Logik, dann versucht Meisner

alle Zweifel zu beseitigen: „Im Grunde hat der Mensch deshalb eigentlich nur eine Alternative: entweder Bruder in Christus zu sein oder Genosse im Antichrist!“ Noch Zweifel, demjenigen, der nicht Meisners Bruder ist, den Schädel einzuschlagen? Meisner beruhigte sofort: „Ich weiß, was ich damit sage.“

Meisner hatte offensichtlich bei der Vorbereitung der Rede in dem Text seiner Ansprache von 1996 nachgeschlagen, wo er den Soldaten, die die „Genossen im Antichrist“ vernichten sollten, versicherte, dass sie in den (doch abgeschafften) Himmel kommen: „Einem Gott lobenden Soldaten kann man guten Gewissens Verantwortung über Leben und Tod anderer übertragen, weil sie bei ihm gleichsam von der Heiligkeit Gottes mit abgesegnet sind.“

In seiner diesjährigen Predigt ermunterte Meisner die Soldatinnen und Soldaten: „Was eröffnet sich hier für ein



Einübungsfeld für die Angehörigen der Bundeswehr!“

Draußen vor dem Dom protestierten Mitglieder der katholischen Gruppe Pax Christi, von der Friedensinitiative pax an, der Gruppe Bundeswehr – Wegtreten, der VVN-BdA, der Freidenker, vom Kölner Aktionsbündnis gegen Krieg und Rassismus und zahlreiche junge Menschen gegen Meisners Absegnung der militärischen Außenpolitik und gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

„Die Verrückten sterben nicht aus“, verleumdet Meisner entsprechend seiner Predigtlogik die Menschen, die seine Verherrlichung des militärischen Tötens öffentlich kritisierten, anschließend im Maternus-Haus bei einem Empfang mit Verteidigungsminister Jung und höheren Offizieren. Wenn der taz-NRW-Korrespondent (Artikel vom 12.1.07) Meisners Ausdruck richtig wiedergegeben hat, spricht einiges dafür, dass der 73-jährige Meisner sich nach den seit einiger Zeit eingestellten Inquisitions-Orgien sehnt. Seine Soldatenpredigten reichen ihm nicht. Aber die Kritik gegen seine Soldatengottesdienste wird erst aufhören, wenn diese eingestellt sind. gba

Kommunale Politik

Derivatgeschäfte aufklären: AACHEN. Mit Verwunderung hat die Linkspartei im Rat der Presse entnommen, dass auch die Stadt Aachen riskante Finanzgeschäfte tätigt und dass diese „letztlich“ von der Politik genehmigt worden seien. Die Linkspartei im Rat kann sich an einen entsprechenden Ratsbeschluss nicht erinnern. Es ist bekannt, dass jedes so genannte Derivatgeschäft erhebliche Risiken birgt. Die Linkspartei im Rat erwartet, dass die Stadt die Bürgerinnen und Bürgern, sollte das rechtlich nicht möglich sein, zumindest die Ratsmitglieder schnell und umfassend über die getätigten Finanzgeschäfte informiert. Bis zur Klärung der Angelegenheit soll die Verwaltung keine neuen derartigen Geschäfte abschließen. Nach der Klärung sollte der Rat überlegen, ob laufende Geschäfte wegen der damit verbundenen Risiken besser beendet werden. www.dielinke-nrw.de

Zwangsumzüge: BOCHUM. Die Linkspaktion beantragt, dass die ARGE endlich die Anzahl der Hartz IV-Empfänger/innen nennt, die im vergangenen Jahr aufgefordert worden sind, ihre Wohnkosten zu senken, und darüber hinaus auch mitteilt, wie viele Menschen real auf Grund dieser Auflößerung umziehen mussten. Außerdem soll die Verwaltung ihre Richtlinie zur Ermittlung der Heizkosten so ändern, dass sie der aktuellen Rechtsprechung entspricht. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ernst Lange: „Die überwiegende Mehrheit der Sozialgerichte kommt in ihren Urteilen zu dem Ergebnis, dass der Heizungsbedarf nicht nach Durchschnittswerten zu ermitteln ist. Die ARGE Bochum weigert sich aber diese Rechtsprechung anzuerkennen, weil die Urteile nicht von der ‚zuständigen Kammer‘ des Sozialgerichtes gefällt worden seien. Noch grotesker ist es, dass die ARGE keine Zahlen darüber hat, wie viele Menschen umziehen mussten, weil sie aufgefordert wurden, die Kosten der Unterkunft zu senken.“ www.dielinke-nrw.de

Mietobergrenzen für SGB-II-Bezieher anheben! ESSEN. Die Fraktion Die Linke./DKP/AUF hält eine Anhebung der Mietobergrenzen bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für SGB II-Bezieher/innen für erforderlich. Die Mietobergrenze von 217 Euro für einen Alleinstehenden entspricht immer noch der der Sozialhilfe und wurde auf Grundlage des Mietspiegels von 1993 festgelegt. Dass die Zahlen 14 Jahre alt sind, dürfte ein Grund sein, warum 34 % der Haushalte von SGB II-Beziehern inzwischen Mieten über

den Mietobergrenzen zahlen müssen. Von diesen knapp 14.000 Haushalten überschreitet die Hälfte die Grenzen um bis zu zu 10 %, drei Viertel um bis zu 20 %. Schon eine geringe Erhöhung der Obergrenzen würde also Rechtssicherheit für einen großen Teil der Betroffenen schaffen. „Statt SGB II-Benzieher zu Umzügen zu zwingen, muss die Stadt die eigenen Kriterien überprüfen,“ so Gabriele Giesecke, Fraktionssprecherin Die Linke./DKP/AUF. „Zudem gibt es gar nicht genug freie Wohnungen, die in Frage kommen. Eine Untersuchung der Stadtverwaltung hat ergeben, dass im Oktober 2006 gerade 2.048 Wohnungen frei waren, die den Kriterien genügen – bei 14.000 Betroffenen! Die notwendige Überprüfung der Höhe der Mietobergrenze sollte nach Auffassung der Fraktion Die Linke./DKP/AUF gemeinsam mit Mieterverbänden und Erwerbsloseinitiativen geschehen. www.dielinke-nrw.de

Linke im Westen begrüßt Moscheeneubau: ESSEN. Als ein Stück mehr „Normalität“ begrüßt Die Linke.PDS im Essener Westen die Absicht des Vereins Türkisch-Islamische Union (DITIB), eine neue, repräsentative Moschee zu errichten. Die Räume sollen auch als Gemeindezentrum genutzt werden. „Ich hoffe sehr, dass die lange Suche des Zentralmoschee-Vereins nach geeigneten Räumen bald zu einem guten Ende geführt und die Vertragsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden können,“ so Wolfgang Freye, Mitglied der Bezirksvertretung III und Sprecher des Kreisverbandes Essen der Linkspartei.PDS. „Viele unserer Mitglieder sind Atheisten. Wir sind aber für die in Art. 4 des Grundgesetzes zugesicherte Glaubens- und Religionsfreiheit. Und die gilt auch für Moslems. – In mehreren Gesprächskreisen, die stattgefunden haben, haben Vertreter aller in der Bezirksvertretung vertretenen Parteien Zustimmung signalisiert. Bisher konnten sich die anderen Parteien jedoch noch nicht dazu durchringen, das Vorhaben ausdrücklich zu begrüßen. Das wäre wünschenswert, um seine Akzeptanz zu erhöhen.“ www.dielinke-nrw.de

Bebauungsplandiskussion: HAMBURG. Der stadtentwicklungspolitische Sprecher der GAL-Bürgerschaftsfaktion Claudius Lieven wirft dem Senat vor, den umstrittenen Neubau des Möbelmarktes Höffner in Hamburg-Eidelstedt noch vor den Wahlen durchdrücken zu wollen. Bei der öffentlichen Diskussion des Bebauungsplanentwurfes, die über 300 Gäste besuchten, erfuhr das Vorhaben eine massive Ablehnung durch die lokale Bevölkerung. Da auch der Bezirk Eimsbüttel das Vorhaben ablehnt, wird der Plan durch den

Senat vorangetrieben. Der Senat beabsichtigt, die Vorwegenehmigungsreife bis Ende 2007 zu erreichen. Die Kritik an dem Vorhaben bezieht sich vor allem auf die negativen Auswirkungen auf Verkehr und Einzelhandel in der Umgebung. Bereits heute kommt der Verkehr auf dem Ring 3 im Bereich Holsteiner Chaussee häufig zum Stillstand. Dies wird sich beim Bau eines Fachmarktes mit 45.000 Quadratmetern Verkaufsfläche noch verschlimmern. Laut Einzelhandelsgutachten soll das geplante „zentrenrelevante Randsortiment“ auf ca. 20 Prozent (9.600 Quadratmeter Verkaufsfläche) nicht zu einer Schädigung des Einzelhandels in der Umgebung führen. Auf dieser Fläche plant Höffner jedoch ca. ein Drittel des Gesamtumsatzes des neuen Marktes zu erzielen (27 von 87 Millionen Euro). Die Bindung dieses Kaufkraftvolumens im Bereich Haus und Bürowaren, Dekomaterialien, Glas und Porzellanwaren u.a., gefährdet den Einzelhandel in den umgebenden Stadtteilzentren. [\(nach PM GAL Hamburg\)](#)

Städteübergreifendes ver.di-Kooperationsprojekt zu PPP: CHEMNITZ. In Chemnitz wurde ein geplantes PPP-Projekt auf Eis gelegt – auch dank ver.di. Der Chemnitzer Stadtrat erteilte der Verwaltung im Februar dieses Jahres den Auftrag, ein PPP-Projekt zu prüfen, und engagierte auch gleich einen externen Berater. Von diesem Zeitpunkt an beschäftigten sich auch der Chemnitzer Personalrat und ver.di mit dem geplanten Konstrukt. Einbezogen wurden auch die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Führungskräfte und die Stadtratsfraktionen. Noch im Frühjahr lag der Verwaltungsspitze eine Machbarkeitsstudie für ein PPP-Projekt vor, das acht Chemnitzer Schulen einbezog. Da auch nach mehrfacher Aufforderung der Personalrat die Unterlagen nicht erhielt, reichte er beim zuständigen Verwaltungsgericht Klage ein – und bekam die Papiere. Der Personalrat vertrat im Hauptausschuss seine Position so überzeugend, dass dieser und die Verwaltung einen Rückzieher machten und das Vorhaben nicht weiter verfolgten. Im ver.di-Projekt „Gemeinwohl- und Arbeitnehmerorientierung in kommunalen PPPs“ sind die Personalräte der Städte Chemnitz, Hannover und Hamburg sowie des LK Goslar beteiligt.

Ansprechpartnerin: Renate.Sternatz@verdi.de

Kraft-Wärme-Kopplung: BERLIN. „Mit dem weiteren Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung können die Stadtwerke auch in Zukunft einen wirkungsvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten.“ Darauf wies Gerhard Widder, Präsident des Verbandes kommunaler Unterneh-

men e.V. (VKU) hin. Voraussetzung dafür sei, dass Investitionen in Modernisierung und Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) weiterhin gefördert würden. Der VKU stützt sich mit seinen Forderungen auf eine gemeinsam von Dr. Felix Matthes, Öko-Institut, und Dr. Hans-Joachim Ziesing, ehemals DIW Berlin, verfasste Studie „Zur Wirtschaftlichkeit von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen“. Darin kommen die beiden Experten zu dem Ergebnis, dass der wirtschaftliche Betrieb in hohem Maß abhängig ist von der schwer zu prognostizierbaren Entwicklung der Brennstoffpreise und der erzielbaren Strom- und Wärmeerlöse. Deshalb sei die Weiterentwicklung der KWK kein Selbstläufer. Vielmehr bedürfe es eindeutiger politischer Entscheidungen, um den umwelt- und ressourcenschonenden Beitrag der KWK auszuweiten. www.vku.de

„Government-services“ von Bertelsmann: GÜTERSLOHE. Die Arvato AG hat im Oktober zahlreiche Verwaltungsprozesse bis hin zur Berechnung von Steuern und zum Zahlungseinzug sowie den IT-Sektor des „East Riding“-Kreises in Yorkshire im Rahmen einer Public Private Partnership (PPP) übernommen. „Wir sind in einige ganz klar hoheitlich definierte Bereiche vorgedrungen“, erklärte Christoph Baron, Leiter Government Services bei der Bertelsmann-Tochter, auf dem Forum „Public Sector“ des Branchenverbands Bitkom in Berlin. Darüber hinaus kümmerte sich das zunächst auf acht Jahre angelegte Joint Venture mit der Kreisverwaltung etwa um die Auszahlungen zu Hilfen von Lebensunterhalt, betreibe Bürogäste und verantworte den kompletten Betrieb und die Beschaffung der Informationstechnik. In Großbritannien gibt es schon seit den frühen 80ern Anreize für umfassende Kooperationen der öffentlichen Hand mit Privaten. Auch in Deutschland beschäftigt sich der Bundestag bereits mit der Thematik. Viele Kommunen äußern allerdings Vorbehalte. Sie befürchten etwa, dass ihre eigenen Dienstleistungen künftig umsatzsteuerpflichtig werden, wenn sie auch von Privaten erbracht werden könnten. Arvato hat nun 516 Angestellte in das Joint Venture eingegliedert und in dem Flächengebiet mit rund 320.000 Einwohnern, 159 Schulen, 3000 Straßenkilometern und 7 Millionen Mülltonnen, 19 „Citizenlinks“ eingERICHTET. „Das sind letztlich mit IT aufgesattelte Telefonzellen“, rudimentäre „Bürgerbüros“. Dort könne man Dokumente einscannen oder mit einem Mitarbeiter kommunizieren, um dieselben Dinge wie bei einem richtigen Amtsgang zu erledigen. [\(heise-online\)](http://heise-online)

(Zusammenstellung: ulj)

Einheit ist schwierig – aber notwendig!

Am 2./3. Dezember fand in Frankfurt/M. mit rund 130 Teilnehmenden die dritte Aktions- und Strategiekonferenz der „Versammlung der sozialen Bewegungen“ statt. Vertreten war einerseits das Spektrum, das eine eigenständige Demonstration gegen den Sozialkahlschlag unter der Parole „Schluss mit den Reformen gegen uns“ am 3. Juni in Berlin organisiert hatte und das sich später am 21.10. den DGB-Demos unter der eigenen Parole „Das geht nur ganz anders“ angeschlossen hatte. Hinzu kam ein Teil des Spektrums, das sich 2004 um den Frankfurter Appell gesammelt hatte, aber wegen seiner Ablehnung aller potentiellen Ansätze von bedingungslosem Grundeinkommen bisher nur am Rande dabei war. Ausdrücklich und bewusst gefehlt haben die Teile der Gewerkschaftsbewegung, die sich stärker den offiziellen DGB-Führungsebenen zuordnen. Diese Strömung hat sogar kurzfristig für den darauf folgenden Sonntag eine eigene Konferenz zum (fast) gleichen Thema angesetzt. Wir lernen: Einheit ist schwierig.

Worum ging es auf der Konferenz?

Innerhalb der sozialen Bewegung gibt es naturgemäß unterschiedliche Einschätzungen bezüglich der Nähe oder Distanz zu den Führungsebenen des DGB und der Parlamentsparteien. Welche Forderungen darf und muss man stellen, damit man einerseits etwas erreicht, ohne dabei aber die Wunschkpartner zu brüskieren? Wie stark ist die soziale Bewegung heute?

Hier wollten die unterschiedlichen Strömungen die jeweiligen Positionen verstehen lernen und sich darüber austauschen, was gemeinsam geht und was nicht.

Verhältnis zu Bündnispartnern

Einvernehmlich war, dass es ein Zusammenspiel in der Triade von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien geben müsse. Die Kontroverse lag dann jeweils in der konkreten Gewichtung der einzelnen Akteure.

Auf dem Auftaktpodium vertrat Edith Bartelmus-Scholich vom Netzwerk Linke Opposition die Notwendigkeit offensiver Aktionen statt „leicht politisierter Volksfeste“ – etwa durch eine Blockade der Frankfurter Börse. Christa Hourani von der Gewerkschaftslinken schlug vor, an einem Punkt endlich einen Erfolg zu organisieren. Dafür böte sich der bevorstehende Kampf gegen den Rentenklau (Rente mit 67) an. Stefan Lindner von attac sprach gegen den ‚Frankfurter Appell‘, weil dieser Text ein Ausgrenzungsmittel gegen einzelne Partner sei und er plädierte für mehr Realpolitik. Rainer Roth (Rhein-Main-Bündnis) warnte vor Illusionen in einen „sozial gerechten Kapitalismus“, klare Tagesforderungen müssten Erwerbslose und Beschäftigte zusammen bringen und können nur gegen das Kapital erkämpft werden. Christiane Schmidt vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren erläuterte die wachsende Bereitschaft von Studierenden, gemeinsam mit Erwerbslosen und Beschäftigten gegen den Sozial- und Bildungsab-

bau auf die Straße zu gehen. Rainer Wahls vom Aktionsbündnis Sozialproteste hob den praktischen Gebrauchswert von Forderungen hervor, um vor Ort auch wirklich aktionsfähig zu werden.

Zum Stand der sozialen Bewegung gab es unterschiedliche Einschätzungen: Während vor allem Peter Grottian die zahlenmäßige Schwäche der Bewegung betonte, sahen andere eher eine politische Schwäche durch starke Zersplitterung. Insgesamt musste festgestellt werden, dass der Schwung von der Berlin-Demo am 1.11.03 erst mal dahin sei.

Zur Strategiefrage: „Aktionen“ versus „programmatische Klarheit“ ?

Für einen Flügel der Gewerkschaftslinken vertrat Rainer Roth die Position, dass die Schaffung eines Minimalprogramms als Basis für die sozialen Proteste die zentrale Aufgabe sei.

Bartelmus Scholich betonte, dass eine politisch bewusste Bewegung nur entstehe, wenn sie Visionen für die Zukunft habe. Der Frankfurter Appell sei zwar eine solide Plattform, aber nicht mehr.

Gibt es ein neues Prekarität – ist das etwas Besonderes?

Harz IV hat eine neue Armutssuppe geschaffen: waren früher nur Menschen mit geringer Bildung von Armut betroffen, so führt Harz IV ein intellektuelles und ein klassisches Proletariat zu einem neuen „Prekarität“ zusammen. Nun gilt es, diese neu entstandenen, über die Armut verkoppelten Massen, als handlungsfähiges Subjekt zu organisieren. Diese These von Rainer Wahls fand allgemeine Zustimmung.

Ein neuer Frankfurter Appell?

Eine soziale Bewegung braucht gemeinsame Forderungen. Daher war auf Antrag von Kräften des Rhein/Main-Bündnisses und der Gewerkschaftslinken für die Konferenz eine Neufassung des ‚Frankfurter Appells von 2004‘ geplant, wobei gemeinsam im Vorfeld vereinbart worden war, dasbrisante Thema „bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE) erst mal auszuklammern und auf einer gesonderten Konferenz zu behandeln. Diese Diskussion barg allerdings von Beginn der Konferenz an die Gefahr, diese zu überfrachten.

Als von einem Vertreter des Netzwerks „Bedingungsloses Grundeinkommen“ entgegen der Absprache dann doch die Forderung nach Grundsicherung ohne Bedürftigkeitsprüfung eingebracht wurde, kam es zur Kontroverse. Die Be-

Resolution gegen die Verlängerung der Arbeitsgelegenheiten

Auf der Konferenz wurde mit großer Mehrheit eine Resolution gegen die Ausweitung der Ein-Euro-Jobs auf vier Jahre beschlossen. Die Diakonie Mülheim a.d. Ruhr hat zusammen mit der Stadt vertraglich geregelt, dass Arbeitsgelegenheiten bis zu vier Jahren verlängert werden können.

In einem Pilotprojekt in Mülheim (Ruhr) werden die zwangsweisen Arbeitsgelegenheiten mit Aufwandsentschädigung auf vier Jahre verlängert. Eine solche Vereinbarung hat das Diakoniewerk Mülheim mit dem Stadtrat getroffen. Als „Ausgleich“ zahlt die Diakonie zwei Euro pro Stunde.

Die TeilnehmerInnen der 3. Aktions- und Strategiekonferenz gegen Lohndumping und Sozialabbau der Sozialen Bewegungen, die am 2. und 3. Dezember in Frankfurt/Main stattgefunden hat, fordern die Wohlfahrtsverbände und deren Mitglieder auf, sich von einem solchen Schritt der Ausbeutung und Nötigung gegenüber Erwerbslosen zu distanzieren.

Es ist ein Skandal, dass im Namen eines Wohlfahrtsauftrages Menschen zu einer jahrelangen zwangsweisen Beschäftigung genötigt werden. Damit werden genau diese Verbände Vorreiter für einen Niedriglohnsektor, um die Auswirkungen der prekären Lebensverhältnisse zu verwalten. Mit dieser Entscheidung ist klar ausgesprochen worden:

Ein-Euro-Jobs sind nicht „zusätzlich“ und auf eine Weiterbildung ausgerichtet, sondern sollen einen Niedriglohn- und Ausbeutungssektor ohne jegliche Arbeitnehmerrechte durchsetzen.

Stattdessen sind sozialversicherungspflichtige und tariflich bezahlte Beschäftigungen notwendig. Wohlfahrtsverbände dürfen sich nicht durch die verstärkte Ausbeutung der Armut finanzieren.

fürworterInnen dieser Forderung setzten sich in der anschließenden Abstimmung durch. Leider wurde in der aufgeheizten Stimmung nicht versucht, die Frage der Bedürftigkeitsprüfung differenzierter zu betrachten und doch noch zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Die Strömung um Rainer Roth und die Gewerkschaftslinke interpretierte das als Einstieg in das BGE, so dass die erfolgte Beschlussfassung zum „neuen Frankfurter Appell“ letztlich doch nicht zum Zusammensehen der getrennten Strömungen führte.

Aufruf zu Aktionen 2007

Die Aktions- und Strategiekonferenz der sozialen Bewegungen erachtet den weiterhin unbegrenzten nationalen, wie internationalen Sozialabbau, als einen zentralen Angriff auf alle Erwerbslosen, Erwerbstätigen, RentnerInnen, StudentInnen, und MigrantInnen. Unabdingbar für eine konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit in unserem Bündnis gegen diesen Sozialkahlschlag ist die lokale Konstituierung der einzelnen sozialen Protestgruppen, deren bundesweite Vernetzung untereinander, sowie das Gewinnen neuer Bündnispartner.

Im gemeinsamen Bestreben die sozialen Missstände zu beseitigen, ruft die Konferenz zu folgenden Aktivitäten auf:

1. Die Intensivierung aller Aktionen, die sich gegen den Sozialabbau wenden. Diese umfassen sowohl betriebliche als auch universitäre Auseinandersetzungen, wie auch politische Streiks.

Im Zentrum sollen dabei die Renten- und Gesundheitsreform, sowie der Kampf um gesetzlichen Mindestlohn und eine existenzsichernde und represionsfreie Grundsicherung stehen.

2. Die Unterstützung von konkreten provokanten, öffentlichkeitswirksamen, zentralen und dezentralen Aktionen wie:

- der Mobilisierung zum und Beteiligung am G8-Gegengipfel im Juni 2007 in Heiligendamm, verbunden mit den Euromärschen.
- einer eintägigen Blockade der Frankfurter Börse im Herbst 2007
- die Unterstützung des Sozialforums in Cottbus im Oktober 2007
- die intensive Beteiligung an den Kundgebungen zum 1. Mai

Welche Aktionen in 2007?

Der Name Strategie- und Aktionskonferenz besagte es schon: es ging auch um die Orientierung und Schwerpunktsetzung für neue Aktionen in 2007.

Schon bei den Impulsreferaten von Mag Wompel von Labournet, Martin Behrsing vom Erwerbslosenforum und Peter Grottian vom Aktionsbündnis Sozialproteste ging es natürlich auch letztlich um Strategien und es wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt:

So forderte Mag Wompel auf, die Geügsamkeit der kleinen Leute zu be-

kämpfen, indem wir Utopien erzeugen und verankern. „Und selbst die kleinste Aktion muss kompatibel zur Utopie sein, sonst werden wir keinen Erfolg haben können“. Mag fordert auf, für ein stärkeres Selbstbewusstsein zu kämpfen. „Wir sind nur aus Sicht des Kapitals die Überflüssigen. In Wirklichkeit ist es eine Ehre, vom Kapital als überflüssig gekennzeichnet zu werden“.

Martin Behrsing plädierte für eine „Volksinitiative“ um Landtags- und Bundestagsabgeordnete zu verpflichten, fünf Monate von Hartz-IV zu leben.

Peter Grottian warnte die Anwesenden vor einer Selbstüberschätzung unserer Bewegung. Nur bei Anerkennung und realistischer Beachtung der eigenen Schwäche, können Aktionen erfolgreich werden. Angesichts der Schwäche der Bewegung und der existentiellen Not durch Hartz IV sei ein Hungerstreik ein angemessenes Mittel des Protests.

Aktionen in den Betrieben zum Jahresbeginn?

Große Hoffnungen ruhen auf der Ankündigung der Gewerkschaftslinken, dass seitens des DGB für Jan/Feb Aktionen während der Arbeitszeit in den Betrieben geplant seien. Wenn diese stattfinden, werden sich die meisten aus den sozialen Bewegungen mit eigenem Profil dort engagieren – weil hier eine Chance gesehen wird, die lähmende Spaltung zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen aufzuheben.

Gegen den G8-Gipfel

Ebenso eindeutig war die Bereitschaft, sich als soziale Bewegung bei den Aktionen gegen den G8-Gipfel im Juni einzubringen, hier wurden insbesondere die Euro-Märsche und Armutsmärsche hin nach Heiligendamm erwähnt.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Aufbruchsstimmung für die kommenden Protestaktionen in 2007 schwächer als in den früheren Jahren war. Insofern drückt sich auf so einer Konferenz natürlich auch die Schwäche einer Bewegung aus.

Trotzdem war deutlich ein ganz großes Bestreben bei den Anwesenden spürbar, dass das „Bündnis 3.Juni“ zusammen bleiben möchte. Dieses Bündnis scheint ein ganz wichtiges Mittel darzustellen, um die Zusammenarbeit von verschiedenen Strömungen in den sozialen Bewegungen abzusichern und gemeinsam Aktionen zu organisieren.

Es gibt keine andere Alternative, als diese Gemeinsamkeit zu suchen und trotz aller Schwierigkeiten darum zu kämpfen: Einheit ist schwierig – aber notwendig!

gez. Walter Schumacher, Aachen (leicht gekürzt und redaktionell überarbeitet, jüw)

Aus: Nachrichten & Standpunkte Schweinfurt, Nr. 1/07

Zeitarbeit – Arbeitgeberverbände für Mindestlohn.

FAZ, Mi.

17.1.07. Der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und die Interessengemeinschaft Zeitarbeit (IGZ) begründen ihren Wunsch mit der Furcht vor Wettbewerbsverzerrungen. Da die Zeitarbeit nicht unter die EU-Dienstleistungsrichtlinie falle, könnten ausländische Unternehmen mit niedrigeren Standards und Tarifen auf dem deutschen Zeitarbeitsmarkt tätig werden. Die beiden Verbände einigten sich bereits 2006 mit dem DGB auf einen Mindestlohn-Tarifvertrag von 7,15 Euro pro Stunde.

BDA: Zwischen betrieblichen und allgemeinen Lebensrisiken unterscheiden!

FAZ, Fr. 19.1.07. Nach Plänen des Bundesarbeitsministeriums sollen die Spitzenverbände der Berufsgenossenschaften und der staatlichen Unfallkassen 2009 zur Deutschen Unfallversicherung verschmolzen werden. D. Hundt, BDA-Präsident, hat an die „Reform“ die Forderung, die Unternehmen dürften künftig nur noch für Unfälle und Erkrankungen herangezogen werden, auf die sie Einfluss nehmen könnten und deren Ursache im Betrieb liege. Die Wegeunfälle sollen ausgegliedert werden aus den Versicherungsleistungen, dafür sollte die Kranken- und Rentenversicherung eingegliedert werden. Dann würden Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zur Hälfte aufkommen für die Kosten wie z.B. bei den Fahrtkosten zur Arbeitsstelle, die seit Jahresbeginn 2007 steuerlich zum privaten Bereich zählten.

Autoindustrie wehrt sich gegen EU-Umweltrichtlinien.

Die deutsche Autoindustrie hat auf die Ankündigung der EU, Klimaschutz per Gesetz erzwingen zu wollen, Fairness in der Ausgestaltung der Regeln gefordert. Nach einem EU-Richtlinienentwurf sollen die Autoherstellung ab 2012 nur noch Wagen auf den Markt bringen dürfen, die im Durchschnitt der Modelle weniger als 120 Gramm Kohlendioxid je Kilometer ausscheiden. Es könnte nicht sein, dass ein Premium-Modell mit einem Kleinwagen gleichgesetzt werde, sagte dagegen der Präsident des VAD, B. Gottschalk.

VDV erwartet Anstieg im Schienengüterverkehr.

FAZ, Fr. 19.1.07. Wegen der hohen Kraftstoffpreise sind 2006 viele Umstiege auf Bus und Bahn zu verzeichnen. Die Zahl der Fahrgäste im ÖPNV habe sich in diesem Jahr um 1,9% auf 9,53 Milliarden erhöht, teilte der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) mit. Präsident G. Elste erwartet, dass die Fahrgäste weiter gestiegen werden können. Im Schienengüterverkehr erwartet er einen Anstieg des Verkehrsaufkommens um 7,7 Prozent auf 341 Millionen Tonnen-Kilometer. Ursache sei vor allem die anziehende Konjunktur. Presseauswertung: rst

Gegen türkischen EU-Beitritt ...

In der Zeitung „Freitag“ sprach sich Oskar Lafontaine gegen den türkischen EU-Beitritt aus:

Warum sagen Sie in Ihrem Memorandum nichts zu den Erweiterungsoptionen der EU?

Weil wir der Meinung sind, dass die jüngsten Erweiterungen zunächst einmal verarbeitet werden müssen. Wir sagen das nicht nur, weil sie in undemokratischer Weise über die Köpfe der Bevölkerung vollzogen wurden, sondern auch als Instrument zum Lohn- und Sozialdumping, auch Steuerdumping, missbraucht werden. Deshalb sind ja die Wirtschaftsverbände so vehement für die Osterweiterung eingetreten. Solange das so ist, kann sich eine Linke nicht über Erweiterung äußern, sondern muss darüber reden, wie Fehlentwicklungen korrigiert werden können.

Wie denken Sie über den Aspiranten Türkei?

Genauso. Früher hieß es immer, wir brauchen eine Vertiefung und Erweiterung der EU, übrig geblieben ist eine Erweiterung mit Sozialdumping und sonst nichts.

Es gab vor den Referenden in Frankreich und den Niederlanden PDS-Politiker, die sich klar für den Verfassungsvertrag aussprachen. Auf wie viel Gegenliebe stoßen Sie derzeit mit Ihren EU-Positionen in der Linkspartei? Ich glaube, dass die Prinzipien, die Gregor Gysi und ich im EU-Memorandum festgeschrieben haben und die klar auf eine sozialstaatliche Regulierung der Marktwirtschaften zielen, völlig unstrittig sind, sowohl in der Linkspartei als auch in der WASG. Es mag den einen oder anderen geben, der die geringen Fortschritte des vorliegenden Verfassungsvertrages, etwa bei der Charta der Grundrechte, hoch bewertet. Nach meinem Eindruck findet aber in beiden Parteien ein neoliberales Europa keine Zustimmung.

Seinerzeit meinten die Verfassungsbefürworter in der PDS, dass mit der Charta der Grundrechte erstmals in einem EU-Dokument die Unteilbarkeit der sozialen Grundrechte und der bürgerlichen Freiheitsrechte zum Ausdruck kam.

Ja, aber das haben wir nun in vielen Verfassungen, dass dort schöne Worte stehen, die leider nicht mit Leben erfüllt sind. Wenn wir die Praxis der EU nehmen und uns dann die Artikel im vorliegenden Verfassungstext ins Gedächtnis rufen, in denen es heißt, die EU sei eine offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb – dann sind die edlen Worte im Vorspann der Verfassung ad absurdum geführt. Für die Bürger

ist das ohnehin zweitrangig. Sie wollen wissen, ob es mit dem Lohn- und Sozialdumping weitergeht oder nicht.
Freitag, Nummer 3 vom 19.1.2007

Appell der Berliner Tagung des Rates der Vorsitzenden und des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken (EL)

Europa ist im Umbau begriffen. Die Völker der nunmehr 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom Schwarzen Meer bis zum Atlantik, von Zypern bis zum Nordkap stehen vor neuen Herausforderungen. Wir heißen die Bürger Rumäniens und Bulgariens herzlich in der EU willkommen ...

Die EL fordert, die gegenwärtige Situation nach dem Nein in Frankreich und den Niederlanden dafür zu nutzen, um an die Überwindung des Demokratiedefizits zu gehen und für eine soziale, friedliche und nachhaltige Europäische Union zu wirken, die auf der breitesten demokratischen Teilhabe der Bürger beruht.

Europa und der Europäischen Union fehlt es an Projekten und Perspektiven, denen die Bürger zugestimmt haben und die sie unterstützen. Die herrschende Politik hat die Werte von Frieden und Solidarität ausgehöhlt. Das Vakuum wächst weiter.

Von der deutschen EU-Präsidentenschaft fordert die EL:

- die demokratische Teilhabe der Bürger aller Mitgliedstaaten an den Entscheidungen zu stärken, um die Politikverdrossenheit der Menschen abzubauen;
- eine weitere Militarisierung der Gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik zu verhindern, den Waffenexport zu reduzieren und schließlich ganz einzustellen und den Abrüstungsprozess wieder in Gang zu bringen;
- die neoliberalen Orientierung des Binnenmarktes zu beenden, die Lissabon-Strategie aufzugeben und die EU-Wirtschaftspolitik auf die Bedürfnisse der Menschen auszurichten. Das schließt europaweite Sozialstandards, Mindestlöhne, Zugang zu unentgeltlicher Bildung, Berufsbildung und Erststudium für alle sowie Altersrenten ein, die ein Leben in Würde ermöglichen;
- eine gemeinsame europäische Energiepolitik zu betreiben, die stabile Energieversorgung bei effizienterem Energieeinsatz, die Entwicklung erneuerbarer alternativer Energien, den Schutz und die Verbesserung der Umwelt statt Privatisierung der Energiemarkte umfasst (über den Verzicht auf Nuklearenergie wurde kein Konsens erreicht);
- eine Politik für fairen internationalen Handel zu starten, die Zugang für

Waren und Dienstleistungen aus Entwicklungsländern zum europäischen Markt nach den Prinzipien von Zusammenarbeit und Entwicklung statt Wettbewerb schafft; eine internationale Energiepolitik zu betreiben, die jegliche militärischen und kolonialen Komponenten strikt ausschließt.

Die EL wendet sich gegen die Absicht der deutschen EU-Präsidentschaft, den Entwurf des Europäischen Verfassungsvertrages wieder aufs Tapet zu bringen. Inzwischen haben Bewegungen aus EU-Mitgliedsländern und weiteren europäischen Staaten Vorstellungen entwickelt, welche Werte und Prinzipien in Europa vorangebracht werden sollten. Die EL und ihre Mitgliedsparteien beteiligen sich aktiv an der Diskussion über eine Prinzipiencharta für Europa, die im Februar in Paris der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Die EL wird zu dem gemeinsamen Vorschlag mit den Bewegungen eigene Ideen beitragen.

Die Europawahlen 2009 sollen allen in der EU lebenden Menschen die Möglichkeit geben, über die Zukunft der Gemeinschaft und ihr Verhältnis zu anderen Staaten Europas ihre Stimme abzugeben.

Im Vorfeld ihres 2. Kongresses ist die EL gefordert, ihr Profil als eine politische Kraft in der EU und darüber hinaus weiter zu schärfen. Das werden ihre Mitglieder in engem Zusammenwirken mit den sozialen, Friedens-, Umwelt- und demokratischen Bewegungen tun, mit denen sich eine neue Art der Zusammenarbeit herausgebildet hat. Die Politischen Thesen des Athener Kongresses sind die Grundlage unseres politischen Handelns für ein Europa der Arbeit, der Demokratie und des Friedens. Auf der Berliner Tagung haben die Leitungsgremien der EL über die Perspektive und die konkreten Aufgaben der politischen Linken für 2007, beim Start in die Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2009 diskutiert. Die EL, die selbstbewusst in diesen Prozess eintritt, sendet das klare Signal aus, dass sie sich in ihrem politischen Handeln auf die Entwicklung der erweiterten EU und die notwendige Veränderung ihrer Politik sowie auf ihr Verhältnis zu den neuen Nachbarn in Ost- und Südeuropa konzentrieren wird. Damit tritt die EL selbst mit alternativen politischen Ideen, mit neuen politischen und sozialen Bündnissen in eine neue Entwicklungsphase ein. Der 2. Kongress wird die Partei weiter verändern.

Von Berlin ergeht unser Appell: Entwickeln wir die EL zu einer politischen Kraft, die in allen Ländern weiter wächst!

Zusammenstellung: jöd

China, China! Nachdenken über eine „Transatlantische Wirtschaftsgemeinschaft“

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift war in dem Artikel „BRD übernimmt EU-Präsidentschaft: Globale Rolle beansprucht“ auf eine Studie der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ hingewiesen worden, die hier etwas ausführlicher vorgestellt werden soll.

Die in Berlin ansässige Stiftung – sie nennt sich auch „Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit“ – beansprucht auf gut neudeutsch, ein „Think Tank“ zu sein, eine „Denkfabrik“, die das Ziel verfolgt, die Bundesregierung bei ihrer außenpolitischen Strategiebildung zu beraten. Studien, die von dieser Stiftung (und anderen) publiziert werden, spiegeln zumindest in Teilen immer auch Diskussionsprozesse wider, die im Verteidigungsministerium, im Auswärtigen Amt und anderen Stellen des Regierungsapparats, aber auch in den politischen Parteien geführt werden. Ob und wie weit diese Diskussionsprozesse in reale Politik einmünden, ist eine andere Frage. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass so oder ähnlich in Regierungsbehörden und Parteien gedacht und geplant wird, ist nicht gering. Schon allein deshalb lohnt sich, solche Studien zu verfolgen und auszuwerten.

Thema dieser Studie sind die – sichtlich gespannten – Beziehungen Europas, speziell der EU, zu den USA und wie sich die deutsche Politik dazu verhalten soll.

Die vielen Streitpunkte zwischen beiden Regionen sind den Leserinnen und Lesern dieser Zeitschrift bekannt: angefangen vom Irak-Krieg und den Meinungsverschiedenheiten beim gesamten Thema Nahost, dem Streit um das Kyoto-Protokoll und generell beim Thema Umweltschutz, weiter zur Rivalität zwischen Euro und Dollar, den Spannungen und Risiken, die vom US-amerikanischen Haushalts- und Außenhandelsdefizit ausgehen und wie dem gegengesteuert werden soll, bis hin zu

einzelnen Streithemen wie dem Wettbewerb zwischen Airbus und Boeing im Flugzeugbau oder zwischen dem US-Navigationssystem GPS und dem damit konkurrierenden europäischen Satelliten-Programm Galileo.

Die Verfasser der Studie sind über diese zunehmende Rivalität zwischen den beiden „alten Freunden“ USA und Westeuropa offensichtlich besorgt und überlegen, wie dem gegengesteuert werden kann.

Ziel: Eine Allianz auf Augenhöhe

Ihr Vorschlag: Die deutsche und europäische Politik sollte einen neuen Anlauf zu einer „transatlantischen Wirtschaftsgemeinschaft“ versuchen. Zunächst gelte es, „die möglichen ökonomischen Vorteile eines integrierten Atlantischen Wirtschaftsraumes umfassend abzuschätzen, ähnlich wie dies der Cecchini-Report für das Projekt des europäischen Binnenmarktes getan hat“. (S. 38) Dazu müssten die USA „ihre Beirührungsängste vor einer auf Gleichrangigkeit statt Subordination beruhenden Integrationspolitik überwinden“ (S. 41).

Dann solle ein „Abkommen über den Atlantischen Wirtschaftsraum“ ins Auge gefasst werden, nach Meinung der Studie nicht nur zwischen EU und USA, sondern auch mit Kanada und Mexiko. „Innerhalb einer festzulegenden Frist sollte weitgehende Freiheit für den Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr hergestellt werden.“

Damit kommt die Studie aber auch schon zu den kniffligen Punkten: „Dies hätte auch den Handel mit Agrargütern einzuschließen sowie eine gegenseitige Anerkennung von Normen und Standards im Güter- und Dienstleistungshandel ... Schließlich müsste ein solches Abkommen auch eine starke strategische Komponente enthalten. Dazu gehören eine wirtschafts- und währungs-

politische Koordination, wie sie einst im G-5/7-Rahmen stattfand, sowie Vereinbarungen um Handel und Wettbewerb in strategischen Industriezweigen, vor allem in Gestalt einer vertieften institutionellen Koordination von Technologieexportkontrollen sowie beim Rüstungs- und Dual-use-Handel“ (also beim Handel mit Gütern, die sowohl militärisch wie zivil nutzbar sind).

„Ist eine solche Vision auch nur annähernd realistisch?“ fragen sich die Verfasser. Ihre Antwort: „Sie ist zumindest realistischer als je in den vergangenen 15 Jahren.“ (S. 41)

Das Ziel ist offensichtlich: Westeuropa soll auf gleiche Augenhöhe mit den USA aufschließen, insbesondere im Rüstungs- und Hochtechnologiebereich. Eine solche Allianzbildung bei Themen wie technischen und rechtlichen Normen, beim Thema Produktsicherheit und Patentschutz, aber auch bei der Regulierung von Finanzmärkten ist in Wirklichkeit ein hochkompliziertes Projekt in einem Meer voller Widersprüche. Schließlich tobtt auf praktisch jedem dieser Felder der Streit, der Wettbewerb zwischen den Unternehmen, den unterschiedlichen rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Systemen.

Zusammenschließen gegen wen?

Warum also sollten die USA und die EU näher zusammen rücken? Es ist schließlich gar nicht so lange her, dass der damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die europäischen Staaten spalten wollte in „gute“ und „schlechte“, in solche, die mit den USA zusammen Krieg gegen den Irak führen, und solche, die das ablehnen. Rumsfeld benutzte damals die Begriffe „neues“ und „altes“ Europa. Soll das jetzt alles vergessen sein, nach der Methode „Schwamm drüber“? Warum?

China! China! China!

Tatsächlich rät die Studie zu einem Politikwechsel, zu einer Änderung der deutschen und europäischen Politik gegenüber den USA. Der Grund dafür wird auch offen genannt: die wirtschaftliche Aufholjagd der asiatischen Länder, allen voran der Volksrepublik China. Immer wieder weist die Studie auf diese Aufholprozesse hin. Auch die hier dokumentierten Schaubilder und Tabellen zeigen: China ist auf dem Weg zur stärksten Welthandelsmacht. Noch liegen die vollständigen Zahlen für 2006 nicht vor. Aber dieser Trend, den die Tabellen und Schaubilder dokumentieren, hat sich 2006 fortgesetzt.

Welt-Warenexporte und -Importe: Die Haupt-Akteure

Jahr	1973	1983	1993	2005
Exporte in Mrd. US-\$	579	1.838	3.675	10.159
davon: USA	12,3%	11,2%	12,6%	8,9%
BRD	12,5%	9,2%	10,3%	9,5%
Japan	6,4%	8,0%	9,9%	5,9%
China	1,0%	1,2%	2,5%	7,5%
Importe in Mrd. US-\$	589	1.882	3.769	10.511
davon: USA	12,3%	14,3%	16,0%	16,5%
BRD	8,7%	8,1%	9,1%	7,4%
Japan	6,5%	6,7%	6,4%	4,9%
China	0,9%	1,1%	2,8%	6,3%

Quelle: WTO, World Trade Statistics, 2006, S. 28 + 29

US-Warenexporte und -Importe, nach Regionen

	1973	1983	1993	2005
Exporte in Mrd. \$	72,4	205,6	464,8	904,3
davon nach: Nordamerika	26,4%	25,4%	30,6%	36,7%
Süd- /Mittelamerika	7,9%	7,9%	7,1%	7,9%
Europa	28,8%	26,8%	24,9%	22,7%
Asien	23,3%	26,0%	30,1%	26,8%
Importe in Mrd. \$	70,3	269,9	603,2	1.732,3
davon aus: Nordamerika	28,6%	26,1%	25,6%	26,8%
Süd-/Mittelamerika	10,3%	9,5%	6,1%	7,5%
Europa	27,6%	21,1%	20,1%	20,0%
Asien	26,1%	34,5%	42,5%	36,8%

Quelle: WTO, International Trade Statistics, 2006, S. 30 (Nordamerika = Kanada+Mexiko)

„China lässt Dollar alt aussehen“, meldete am 11. Januar 2007 die „ARD“ in ihren Börsenberichten. Weiter heißt es dort: „Der Rekord in Chinas Handelsüberschuss hat die chinesische Währung auf einen Rekordwert steigen lassen. ... Die chinesische Zentralbank setzte den Wechselkurs ... bei 7,7977 Yuan pro Dollar fest und damit erstmals unterhalb der Schwelle von 7,80 Yuan. Dies war der höchste Wert seit der Wechselkursreform vom Juli 2005. Seit damals hat Chinas Währung (auch Renminbi genannt) bislang um etwa sechs

werden und der chinesische Warenexport in gleichem Tempo steigen wie 2006, dürfte die Volksrepublik China Ende 2007 an der Bundesrepublik vorbei und zum „Exportweltmeister“ aufgestiegen sein. Was das für ideologische und politische Diskussionen in den USA ebenso wie in der Bundesrepublik auslösen kann, mag sich jeder selbst ausmalen – obwohl ein vergleichender Blick auf die Bevölkerungszahlen von China, den USA und der Bundesrepublik eigentlich dazu führen müsste, einen solchen Aufstieg Chinas eher als eine „nachholende Normalisierung“ und insofern als wenig überraschend einzustufen.

Noch mehr Dollar-Abwertung? 30 Prozent Yuan-Aufwertung!

Auf jeden Fall: Die Verfasser der Studie sind über diesen Aufholprozess beunruhigt und überlegen Gegenmaßnahmen. Eine wirtschafts- und währungspolitische Allianz des alten und reichen Europas mit den ebenso reichen USA gegen China und weitere asiatische Länder (Vietnam etwa, eben der WTO beigetreten, gilt als weiterer asiatischer „Tigerstaat“) ist deshalb ein Kernpunkt des Politikwechsels, den die Studie vorschlägt.

Offen ausgesprochen wird das beim Thema Währungen und Außenhandel. Das hohe US-amerikanischen Außenhandelsdefizit beunruhigt die Verfasser der Studie ebenso wie viele andere. 2005 lagen die Warenimporte der USA um 830 Milliarden Dollar höher als ihre Warenexporte. 2006 haben sich diese Zahlen trotz einer Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro um fast 20% kaum geändert. Irgendjemand, das steht fest, muss irgendwann die „Anpassungslast“ für den Abbau dieses enormen Handelsdefizits tragen. Sprich: Irgendjemand muss seine Währungsparität gegenüber dem Dollar weiter anheben, seinen Exportüberschuss in die USA verringern. Dieser „jemand“ soll China sein. „Da sich die Zahl der Akteure in diesem Spiel erhöht hat, könnte sich

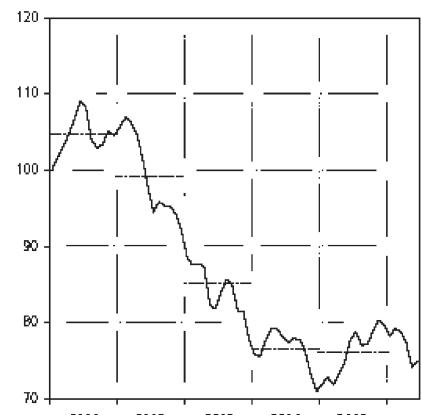
„Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums“ (Auszüge)

„Auch die USA sind nicht imstande, ihre wesentlichen globalen Ordnungsaufgaben ohne die EU und ihre Mitgliedsstaaten zu lösen, als Verbündete und Partner ... Diese Erkenntnis sollte sich in einer ambitionierten Zielsetzung für die atlantische Wirtschaftsdiplomatie niederschlagen, einem umfassenden Abkommen über einen integrierten Atlantischen Wirtschaftsraum ... Ein solches Abkommen sollte innerhalb einer festzulegenden Frist weitestgehende Freiheit für den transatlantischen Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr schaffen ... Vor allem aber bedarf ein solches Abkommen auch einer starken strategischen Komponente ... Erforderlich ist vor allem eine vertiefte institutionelle Koordination von Technologieexportkontrollen sowie im Rüstungs- und Dual-use-Handel ... (S. 6)

Eine vertiefte Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums wäre für beide Seiten wirtschaftlich vorteilhaft: als Antwort auf den Druck, der von der Verschiebung der Gewichte in der Weltwirtschaft durch die neuen asiatischen Handelsmächte ausgeht. (S. 6)

Ein empfindlicherer Sensor für das Ausmaß an gegenseitigem außen- und sicherheitspolitischem Vertrauen oder Misstrauen ist eher die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen auf strategischen Feldern – also solchen, die für die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der USA und der EU-Mitgliedstaaten besondere Bedeutung haben. Das sind etwa der Streit um Subventionen für den Bau großer ziviler Flugzeuge (durch Airbus und Boeing), der weiterhin schwelende Konflikt über den Ausbau und die Nutzung des europäischen Satellitenavigationssystems Galileo, die Exportkontrollen für Rüstungs- und Dual-use-Güter und -technologien. (S. 7)

Auch auf der makroökonomischen Ebene besteht ein latentes strategisches Konfliktpotential. Eine währungs- und wirtschaftspolitische Koordination zwischen den USA und den vier führenden EU-Staaten, wie sie in den achtziger Jahren in einer vergleichbaren Situation massiver Leistungsbilanz- und Budgetungleichgewichte im Rahmen des G-7-Prozesses



Entwicklung des Dollarkurses von Januar 2001 (=100) bis Sommer 2006 gegenüber den europäischen Währungen (aus: WTO, International Trade Statistics 2006, Seite 2)

Prozent zugelegt. Experten erwarten, dass der Yuan in diesem Jahr um weitere fünf Prozent aufwerten wird. ... Beflügelt wurde der Yuan durch die Rekordzahlen im chinesischen Außenhandel. Am Mittwoch hatte die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua gemeldet, Chinas Handelsüberschuss sei im vergangenen Jahr um 74 Prozent auf den Rekordwert von 177,47 Milliarden Dollar geschnellt.“

Am gleichen Tag meldete die Neue Zürcher Zeitung, die chinesischen Warenexporte seien 2006 nach offiziellen Zahlen um 27,2% gestiegen. Zum Vergleich: Die deutschen Warenexporte stiegen 2006 um 12,4%.

Sollte der Yuan tatsächlich in 2007 um 5% gegenüber dem Euro aufgewertet

Fortsetzung Seite 22

praktiziert wurde, findet heute nicht mehr statt. Zudem hat der US-Dollar seit Einführung des Euro seine uneingeschränkte Dominanz als globale Reservewährung verloren, die eine wichtige ökonomische Grundlage amerikanischer außen- und sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit ist. (S. 7)

Ausländische Direktinvestitionen erzeugen immer größere politische Aufmerksamkeit ... Allerdings bergen selbst auf diesem scheinbar sicheren Boden die Besonderheiten der amerikanischen Rechtsordnung, insbesondere der extraterritoriale Geltungsanspruch amerikanischen Rechts, spezifische Investitionsrisiken für ausländische Unternehmen. Denn Tochtergesellschaften können in den USA in Haftung genommen werden, wenn ihre ausländischen Muttergesellschaften oder sonstige ausländische Firmen im selben Konzernverbund gegen amerikanisches Recht verstossen, insbesondere wenn sie mit ihrer Geschäftstätigkeit in Drittländern amerikanischen Sanktionen zuwiderlaufen, die gegen diese Länder verhängt wurden. (S. 17)

... hat sich der Handel im Atlantischen Wirtschaftsraum, wenngleich auf unbestritten hohem Niveau, sehr viel weniger dynamisch entwickelt als etwa der Handel von USA und EU mit China. Während das Volumen des europäisch-amerikanischen Handels von 1990 bis 2005 um knapp das Zweieinhalfache stieg, nahm der Handel der USA mit China im selben Zeitraum um das Vierzehnfache zu, jener der EU mit China um das Zwölffache. Der Abstand des transatlantischen Handels zum Außenhandel mit China verringerte sich ... deutlich. Entsprach der Chinahandel (Exporte + Importe) noch 1990 sowohl für die EU wie für die USA nur etwa 10% des transatlantischen Handels, so hat sich diese Relation im Jahr 2005 bereits auf 58% für die USA und 50% für die EU angenähert. (S. 17)

So muss ... bezweifelt werden, ob die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen in einem durch Globalisierung und Regionalismus sich zusehends verändernden Umfeld noch die Bindungskraft entfalten können, die Hamilton/Quinlan und andere ihnen zuschreiben. (S. 19)

Für die USA sind der extrem leistungsfähige und in seiner Breite und Tiefe unübertroffene amerikanische Finanzmarkt sowie die ihn regulierenden nationalen Bestimmungen heute der wichtigste internationale Standortvorteil ... geht es auch darum, welcher Standard sich im Institutionen-Wettbewerb global durchsetzt. Ange-

sichts des hohen Verflechtungsgrades zwischen den nationalen Finanzmärkten haben die Finanzinstitutionen desjenigen Landes, das die dominierenden Standards für die Rechnungslegung und Finanzmarktaufsicht setzt, einen klaren internationalen Wettbewerbsvorteil ... Soweit es den USA gelingt, ihre führende Position auf den internationalen Finanzmärkten und damit ihre internationale Regelungsmacht zu sichern, eröffnen sich ihnen auch einzige äußerpolitische Handlungsoptionen durch den Einsatz finanzieller Sanktionsinstrumente. (S. 24)

Zur Quelle von Belastungen für die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen ist die Freizügigkeit geworden, mit der die USA auch zu Lasten dritter Länder das Instrument wirtschaftlicher Sanktionen ergreifen, um eigene außen- und sicherheitspolitische Ziele durchzusetzen. (S. 26)

Die in den neunziger Jahren um sich greifende Sorge in Europa, in der zivilen und militärischen Hochtechnologie gegenüber amerikanischen Wettbewerbern hoffnungslos zurück zu fallen, kann nicht überschätzt werden. Die Europäer haben sich daraufhin bemüht, in zentralen Bereichen der Rüstungstechnik wie der zivilen Hochtechnologien eigene Kompetenzen zu erhalten oder aufzubauen ... Das galt für das Airbus-Projekt ebenso wie für andere europäische Rüstungsprogramme, etwa den Eurofighter „Typhoon“ oder die Luft-Luft-Rakete „Meteor“, aber auch für das Satellitennavigationssystem Galileo. (S. 27)

... wurde die Novellierung des deutschen Außenwirtschaftsgesetzes, die ausländische Kapitalbeteiligungen an Rüstungsunternehmen ab einem Anteil von 25% genehmigungspflichtig macht, nicht zuletzt durch die überraschende Übernahme des deutschen U-Boot-Bauers HDW durch den amerikanischen Finanzinvestor OEP im Jahr 2002 angestoßen. (S. 28)

Tatsächlich ist der chinesische Aufholprozess in der Hochtechnologie – mit massiver staatlicher Unterstützung – bereits in vollem Gange. Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) nahm China, auf Kaufkraftparitäten berechnet, 2004 international mit einem Anteil von 11,8% an den weltweiten F&E-Ausgaben den dritten Platz ein, hinter den USA (32,7%) und Japan (13%) und vor Deutschland (5,6%). (S. 33)

Betrachtet man den Atlantischen Wirtschaftsraum als eine hochverflochtene Wirtschaftsregion, so sticht als deren

besonderes Merkmal hervor, dass sie mit dem US-Dollar und dem Euro die zwei großen internationalen Reservewährungen beherbergt ... Ist damit das makroökonomische Fundament des Atlantischen Wirtschaftsraumes zwangsläufig von Rivalität gekennzeichnet? ... Es geht ... um die gesamten Volkswirtschaften, um Rezession oder Wachstum, um die Frage, wie die enormen Lasten verteilt werden, die der Abbau der mittlerweile entstandenen makroökonomischen Ungleichgewichte mit sich bringt. Diese Frage entscheidet nicht nur über die Zukunft von Branchen, sondern über die wirtschaftliche Basis der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der betreffenden Mächte. (S. 34)

Da sich die Zahl der Akteure in diesem Spiel erhöht hat, könnte sich hier ein neues Feld der transatlantischen Kooperation erschließen: Die Formulierung einer gemeinsamen währungspolitischen Position mit dem Ziel, China durch entsprechende währungspolitische Maßnahmen die Hauptlast der Anpassung tragen zu lassen. (S. 36)

Auch die gemeinsame europäisch-amerikanische Leitrolle in der WTO, ohnehin durch den handelspolitischen Gewichtszuwachs der großen Schwellenländer Brasilien, China, Indien und Südafrika geschrumpft, wird durch rivalisierenden Regionalismus von EU und USA weiter geschwächt. (S. 39)

Ein transatlantischer rivalisierender Wirtschaftsregionalismus ... wäre Ausdruck einer multipolaren, auf Gegenmachtbildung beruhenden Weltordnung, mit strategischer Rivalität auch zwischen USA und EU, die bislang weder auf amerikanischer noch auf europäischer Seite außenpolitisch gewollt ist. (S. 39)

„Unserer Ansicht nach ist eine erneute Stärkung der westlichen Ordnung der Schlüssel zur Bewältigung der zwei großen Aufgaben, vor denen die USA stehen: dem richtigen Umgang mit den sich verschiebenden Kräfteverhältnissen in Asien und dem Einwirken auf scheiternde und aggressive Staaten, um die Bedrohung durch katastrophale terroristische Anschläge und Massenvernichtungswaffen zu reduzieren. Um sie zu erreichen, sollten die USA versuchen, mit Westeuropa eine große Übereinkunft zu erreichen und die Kluft zu überwinden, die zwischen diesen alten Freunden entstanden ist. Eine reformierte NATO wäre Herz einer solchen Vereinbarung.“ (Zitat aus Francis Fukuyama und John Ikenberry, Princeton Project on National Security, 2005) (S. 43)

hier ein neues Feld der transatlantischen Kooperation erschließen: Die Formulierung einer gemeinsamen währungspolitischen Position mit dem Ziel, China durch entsprechende währungspolitische Maßnahmen die Hauptlast der Anpassung tragen zu lassen“, heißt es wörtlich auf Seite 36.

In den USA selbst werden immer wieder ähnliche Forderungen laut. „Der hohe Überschuss im Handel vor allem zwischen China und den USA sorgt immer wieder für Spannungen mit Washington. Die USA, aber auch die Europäer, werfen Peking vor, durch einen künstlich niedrig gehaltenen Wechselkurs die Exporte in die USA zu verbilligen und seinen eigenen Markt noch nicht weit genug für Importe zu öffnen. Erst im Dezember hatte US-Finanzminister Henry Paulson den unterbewerteten Yuan als ‚Kernproblem‘ bezeichnet. China hat zwar zugesagt, seinen Wechselkursmechanismus zu reformieren und die heimische Nachfrage zu stärken. Den Kritikern geht die Geschwindigkeit des Anpassungsprozesses aber nicht schnell genug“, schreibt die *NZZ* am 11.1.07.

Die ARD-Börsenberichte vom gleichen Tag ergänzen: „Trotz der jüngsten Aufwertungsschritte werfen die USA China weiterhin vor, den Wert seiner Währung künstlich niedrig zu halten, um die chinesischen Ausfuhren billig zu halten. Nach Einschätzung von Experten in Washington ist der Yuan bis zu 30 Prozent unterbewertet.“

China soll also die „Hauptanpassungslast“ beim Abbau des US-Handelsdefizits tragen, lautet der Vorschlag. Das könnte in den USA, speziell bei den Demokraten, die ohnehin im Ruf stehen, weniger „Freihändler“ als Bush zu sein, auf offene Ohren stoßen. Schon 2005 hatte die Volksrepublik China einen Rekordüberschuss im Handel mit den USA erzielt. Um 220 Milliarden Dollar übertrafen die Exporte aus China in die USA damals die Lieferungen der USA nach China. 2006 dürfte dieser Handelsüberschuss weiter gestiegen sein. Dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der chinesischen Exporte aus Niederlassungen und Zweigwerken kommt, die von US-Konzernen in China errichtet wurden, also in gewisser Weise „hausgemacht“ ist, interessiert dabei in den USA wenig.

Hinzu kommt aus europäischer Sicht: Durch die immer noch enge Anbindung des Yuan an den Dollarkurs hat die Volksrepublik China aus Sicht der EU in den letzten Jahren auch die Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro zu erheblichen Teilen mitgemacht. 20 Prozent Dollar-Abwertung gegenüber dem Euro in 2006 minus 5 Prozent Yuan-Aufwertung gegenüber dem Dollar ergibt 15 Prozent Abwertung des Yuan gegenüber dem Euro. Kein Wunder, dass Unternehmen in Italien und anderen EU-Staaten klagen wegen des enormen

Die fünf Haupt-Handelspartner der USA, 2005

Exporte	in Mrd. \$	Anteil in %
Kanada	211,4	23,4%
EU (25)	186,5	20,6%
Mexiko	120,0	13,3%
Japan	55,4	6,1%
China	41,8	4,6%
SUMME	615,2	68,0%
Importe	in Mrd. \$	Anteil in %
EU (25)	317,8	18,3%
Kanada	291,9	16,8%
China	259,8	15,0%
Mexiko	172,5	10,0%
Japan	142,0	8,2%
SUMME	1.184,0	68,3%

WTO, International Trade Statistics 2006, S. 48

Anstiegs der Lieferungen z.B. von Textilien und Schuhen aus Fernost. Erste Dumping-Verfahren sind eingeleitet, die Rufe nach Schutzzöllen werden lauter, speziell in Staaten mit viel Textilindustrie wie Italien.

Welche ideologische und innen- wie außenpolitische Wucht solche Kampagnen gewinnen können, werden viele noch wissen, die sich noch an das „Lambsdorff-Papier“ und die deutsche Diskussion um „Euroskerose“ und die „japanische Gefahr“ vor fast 25 Jahren erinnern. Damals führten diese Diskussionen zur Ablösung der sozialliberalen Koalition durch eine schwarz-gelbe Koalition unter Helmut Kohl. Der zur gleichen Zeit eingeleitete Ausbau des EU-Binnenmarktes führte am Ende zum Zusammenbruch des RGW, zum Ende der DDR wie der Sowjetunion. Gleichzeitig zeigt dieser Rückblick, wie stark der isolierte Fingerzeig auf einzelne, aus komplexen und widersprüchlichen Entwicklungen herausgelöste, angeblich unaufhaltsame Trends und deren Verlängerung in die Zukunft an der Wirklichkeit vorbei gehen kann, wie schief solche Prognosen sein können. Erst heute, 25 Jahre später, zieht Toyota an General Motors vorbei. Und in der BRD redet kein Mensch mehr von der „japanischen Gefahr“.

Rüstungsallianz & neue NATO

Ein zweiter großer Punkt in dem Politikwechsel, den die Studie der Bundesregierung und der EU vorschlägt, betrifft das Thema Rüstung und NATO. Die europäisch-amerikanische Allianzbildung beim Thema Währung und Welthandel soll einhergehen mit einer „strategischen Partnerschaft“ bei Rüstungsgütern. Sprich: Die europäische Rüstungswirtschaft soll zur US-amerikanischen aufschließen, auf Feldern wie Satellitentechnik, Fernmeldewesen, Raketensteuerung und Flugzeugbau. Wie das konkret gehen soll, lassen die Verfasser offen. Bekannt ist, dass sich beispielsweise der Rüstungskonzern EADS zunehmend um Aufträge des US-

Verteidigungsministeriums bewirbt. Offensichtlich soll die deutsche und die europäische Politik solchen Konzernen helfen, sich in Zukunft ein größeres Stück aus dem reichen Kuchen herauszuschneiden, den das US-Verteidigungsministerium Jahr für Jahr als Rüstungsaufträge vergibt. Ob das gelingt?

Aber es geht nicht nur ums Geschäft. Es geht auch um Militärpolitik bis hin zu gemeinsamer Kriegsführung, wie sie von der NATO in Afghanistan schon praktiziert wird. „Eine reformierte NATO wäre Herz einer solchen Vereinbarung“, zitiert die Studie den liberalen US-Politikberater Fukuyama, der bis vor kurzem noch als Mitglied der sogenannten US-„Neo-Konservativen“, der „Neocons“, in Europa als eher anrüchig galt. Inzwischen, nach seiner Kritik an Bush, ist er offenbar in der europäischen Politikdiskussion wieder im Kommen.

Eine solche vertiefte Rüstungs- und Militärrallianz zwischen den USA und Europa verheißt nichts Gutes für den Rest der Welt. Der alte und reiche Norden, westlich und östlich des Atlantik, soll sich vereinen gegen den Rest der Welt. Europa und Amerika gemeinsam gegen die „gelbe Gefahr“. Das soll das Politikszenario der Zukunft werden. Soll das die Welt sicherer und bewohnbarer machen?

Auf dem Buchmarkt gibt es vergleichbare Vorschläge bereits in großer Zahl. Zeitschriften wie der „Spiegel“ bringen Serien über China und die heraufziehende asiatische Gefahr, in denen die gleichen Autoren, die hierzulande an Gewerkschaften kein gutes Haar lassen und sie am liebsten Arm in Arm mit Westerwelle als „Landplage“ entmachten würden, nicht genug scheinheilige Krocodilstränen über das Leid der chinesischen Wanderarbeiter vergießen.

Harmlos ist das nicht. Der Aufstieg der EU zu einer globalen Weltmacht, auf gleicher Augenhöhe wie die USA, ist das erklärte Ziel. Damit wenden sich die Verfasser der Studie, wenngleich nicht offen ausgesprochen, indirekt auch gegen die UNO und eine stärkere Rolle anderer internationaler Einrichtungen bei der Regelung von Welthandels- und Weltwährungskonflikten.

Eine eher gleichberechtigte, „multipolare Welt“, wie sie von der UNO, aber auch von Staaten wie China, Brasilien, Russland, Indien oder Südafrika angestrebt wird, wird von den Verfassern der Studie ausdrücklich abgelehnt. Hier denkt jemand nicht nach über mehr Nord-Süd-Kooperation und eine solidarischere Welt, eine stärkere Rolle von UNO, Zivilgesellschaft und Friedenspolitik. Hier strebt jemand nach Krieg, Macht, Reichtum und Vorherrschaft. rül

Quellen: Jens van Scherpenberg, „Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums“, SWP-Studie 24, September 2006, Berlin (www.swp-berlin.org); ARD-Börsenberichte, 11.1.2007; Neue Zürcher Zeitung, 11.1.2007

Tschechisch-deutsche Gesprächsrunde über Hindernisse auf dem Weg zur europäischen Integration diskutiert Zusammenarbeit bei Geschichtsprojekt

Am Dienstag, den 19. Dezember 2006, hatte der Kurt-Eisner-Verein Herrn Dr. Martin Franc und Herrn Dr. Stanislav Holubec aus Prag in München zu Gast. Es ging um Möglichkeiten, die begonnene Zusammenarbeit zu vertiefen. 2008 feiert München sein 850-jähriges Stadtjubiläum. Im selben Jahr ist des vor 60 Jahren hier beschlossenen Münchner Diktats zu gedenken, das die Tschechoslowakei den Hitler-Faschisten auslieferte. Schon wegen des Jubiläums ist ein gesteigertes Interesse für geschichtliche Themen zu erwarten. Wir haben deswegen über ein kleines deutsch-tschechisches Geschichtsprojekt gesprochen, das in Zusammenarbeit von Kurt-Eisner-Verein und der tschechischen Gesellschaft für europäischen Dialog (SPED) sowie der Redaktion der DTN und weiteren Interessierten entwickelt werden soll. – Wer über den Fortgang dieses Projektes unterrichtet werden möchte oder sich an einzelnen Vorhaben beteiligen möchte, wird um Mitteilung an die E-Mail-Adresse geschichtsprojekt@kurt-eisner-verein.de gebeten.

Zur Zielsetzung: Wir stellen fest, dass in der deutschen Geschichtserzählung, in dem Komplex zwischen historischer Forschung, kultureller Verarbeitung und verallgemeinerten Vorurteilen, weiterhin eine Entwicklung Europas gezeichnet wird, in der Deutschland als Garant von Demokratie und „Kultur“ eine Führungsrolle einzunehmen habe.

Die Nachbarländer, -staaten, -kulturen erscheinen in dieser Sicht als Störfaktoren, als Randgebiete, als Ausdehnungsräume. Die Selbstbestimmungsrechte der Nachbarn tauchen in dieser Geschichtserzählung vorwiegend als Störung der eigentlichen Entwicklung unter deutscher Führung auf.

Dies gilt in besonderem Maße für die Entwicklung in Böhmen, der späteren Tschechoslowakei, dem heutigen Tschechien.

In der kulturpolitisch eingedämmten, kanalisierten Geschichtserzählung kommt der kulturelle und materielle Austausch als entscheidender Anstoß und Bedingung von Entwicklung definitiv zu kurz.

Dadurch fehlt es im zivilen, im kulturellen, politischen und wirtschaftlichem Verkehr an Verständnis im strikten Sinn des Wortes.

- Am Verständnis der eigenen Gesellschaft, denn dort, wo „fremde Einflüsse“ tragend wirken, ist ein Leerraum, der durch Aufblähung des Deutschtums gefüllt werden muss.
- Am nachbarschaftlichen Diskurs, denn es fehlt die Kenntnis und Anerkennung.
- So entsteht eine Situation der Sprachlosigkeit, die tatsächlichen Zusammenhänge treten nur im Sektor der harten wirtschaftlichen Faktoren zu Tage.

Was kann politische Bildung in diesem Umfeld bewirken? Wir können die günstige Situation im Kontext der 850-Jahrfeier und die Tatsache nutzen, dass die großen Entwicklungsschritte Europas sich auch in der Stadtgeschichte oder doch wenigstens am Schauplatz München niedergeschlagen haben.

Um eine verengte Vorstellung der geschichtlichen Entwicklung Europas wenigstens aufzulockern, wäre zu versuchen, Themen und Ereignisse, die für die europäische Geschichte bedeutsam waren, an den Schauplätzen Prag und München in kleinen Geschichtsbildern nebeneinander zu stellen, um die fehlende Substanz der nationalen Geschichtsbilder zu zeigen.

Zur Veranschaulichung eine Liste denkbare Themen, die nach Interesse und Möglichkeiten, verändert, verkürzt ausgeführt werden müssten:

- Der Stadtausbau um die Zeit der Münchner Stadtgründung. Es wäre zu besprechen, welche Faktoren diese in München (und wohl auch in Prag) stürmische Entwicklung auslösten.
- Die Zeit der Universitätsgründung zu Prag – im Gegensatz zur rückschrittlichen Entwicklung in Bayern (z. B. Was hatte Ludwig der Bayer für München im Sinn? Immerhin war Ockham bei den Franziskanern zu München im Exil, aber irgendwie scheint dann das geistige Leben der Stadt zu erlöschen)
- Die neuen Ideen, die Zeit der Reformation. Hus. In München igelt man sich ein.
- Der dreißigjährige Krieg und die Zeit der Gegenreformation
- Absolutismus und Aufklärung
- Die Nationalbewegungen 1848, großdeutsch, imperialistisch, Böhmen in Österreich-Ungarn, Bayern im Reich
- 1918 Die Ideen der Demokratie 1938 Die großdeutsche Expansion / der Widerstand
- Die große Umsiedlung / Die Integration in Bayern
- 1968 – Die neue Linke, der Prager Frühling
- Der EU-Beitritt, Erwartungen an Europa

Das Ergebnis sollte auf Zeitungsartikel (Umfang ca. 10.000 Zeichen) hinauslaufen. Es geht uns nicht um neue Forschungen und Kritiken, sondern mehr um Darstellungen, wie sie etwa auch in einem modernen Geschichtsunterricht vorgenommen werden.

Bei der Herstellung sollten auf „Münchner“ Seite die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen interessierten Laien und Fachwissenschaft genutzt werden.

•

Instrumentalisierte Erinnerung?

Tschechisch-deutsche Gesprächsrunde über Hindernisse auf dem Weg zur europäischen Integration

Tagung in Český Krumlov: Bericht von RENATE HENNECKE S. 1 • Interview mit MILAN NEUBERT S. 4 • Beitrag von JAROMÍR KOHLÍČEK S. 6 • Referat von HANS HENNING HAHN: Stereotype Geschichtsbilder im deutsch-tschechischen Dialog, Herkunft und Funktion S. 7

Historische Stereotypen im Bildungswesen: MARCEL BOIS: Ohnmächtige Demokraten – Stereotype Darstellungen des „Prager Frühling“ in bundesrepublikanischen Schulgeschichtsbüchern S. 11

Geschichtsprojekt geplant: Geschichte macht Meinung. Prag und München als Schauplätze europäischer Geschichte S. 16



Dienstag, 30. Januar, 6. Februar und 13. Februar. Hamburg.

Wie sozial ist die Hafen-City? Im Januar und Februar wird die im November 2006 begonnene dritte Staffel der erfolgreichen Themenreihe des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes zur „Wachsenden Stadt“ Hamburg fortgesetzt. 30.1.: *Kinder- und Jugendhilfepolitik in der Wachsenden Stadt*, Prof. Dr. Timm Kunstreich, Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik Hamburg. 6.2.: *Umweltbelastung in der Wachsenden Stadt: Was ist messbar, was ist therapierbar?* Dr. med. Thomas Fenner, Facharzt für Mikrobiologie, Infektionsepidemiologie sowie Laboratoriumsmedizin, Umweltausschuß der HH Ärztekammer. 13.2. *Kreativ, menschlich, wachsend und / oder sozial? – Stadtentwicklungskonzepte für Hamburg in der Diskussion.* Diskussionsrunde mit Menschen aus GAL, SPD, CDU und Linkspartei.PDS. Jeweils Dienstag, 19 h, Universität Hamburg, Von-Melle-Park 9 / Raum S 7 / (Erdgeschoss).

Freitag, 26. Januar/Samstag 27. Januar. Berlin. Ein weites Feld: *Die Linke und Bourdieu*. Aus Anlass des 5. Todestages von Pierre Bourdieu ehrt die Rosa-Luxemburg-Stiftung den linken Denker mit einem zweitägigen deutsch-französischen Kolloquium. Pierre Bourdieu (1930-2002), einer der wichtigsten Vertreter der modernen Sozialwissenschaften, hat mit seinem umfangreichen Ouvre Wissenschaftsgeschichte geschrieben: Wesentliche Begriffe, wie das Feld, der Habitus oder auch die symbolische Macht sind durch ihn um- oder neu geprägt worden. Gegen Ende seines Lebens trat Bourdieu mehr und mehr als engagierter Intellektueller auf, unterstützte mit Wort und Tat linke soziale Bewegungen. Beginn Freitag, 26.1., 14 Uhr. Kontakt: Dr. Effi Böhlke, boehlke@rosalux.de, Prof. Dr. Rainer Rilling, rilling@rosalux.de.

17. Februar, Fulda. *Arbeitsausschuss Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* Beginn 11.15 Uhr

24./25. März, Dortmund. *Parteitag Linkspartei.PDS und Parteitag der WASG.* Beschlussfassungen der Gründungsdokumente der Partei Die Linke

Der Beitritt der Türkei zur
Europäischen Union
aus der kurdischen Perspektive
Eine empirische Untersuchung

Sebahattin Topçuoğlu

schätzen sie jedoch als vollkommen unzureichend ein. Deutlich wird bei dieser Befragung aber auch, dass die EU kein eigenes Konzept für die kurdische Frage in der EU hat. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech. – Das Buch kann ab sofort bestellt werden bei: GNN-Verlag Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, gnn-hhsh@hansenet.de
Preis: 12 Euro, ISBN 3-938372-06-0

Sebahattin Topçuoğlu befragte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Kurdistan zu ihrer Ansicht über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei. Das Ergebnis sollte nicht überraschen: Übereinstimmend sehen die kurdischen Repräsentanten den Beitrittsprozess als historische Chance für die Entwicklung der Menschenrechte und Demokratie in der Türkei an. Sie halten die gesetzlichen Reformen der vergangenen Jahre zwar für wichtig,

wie sie jedoch als vollkommen unzureichend ein. Deutlich wird bei dieser Befragung aber auch, dass die EU kein eigenes Konzept für die kurdische Frage in der EU hat. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech. – Das Buch kann ab sofort bestellt werden bei: GNN-Verlag Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, gnn-hhsh@hansenet.de

Preis: 12 Euro, ISBN 3-938372-06-0

31. März / 1. April. Frankfurt. *Jahrestagung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.*

13./14. April. Hamburg. *Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linkspartei.PDS.*

21. bis 24. Mai. Sevilla. *Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes.*

2. Juni. Rostock. *Eine andere Welt ist möglich – Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm.* Aufrufe usw. siehe www.heiligendamm2007.de

6. bis 10. Juni. Köln. *31. Evangelischer Kirchentag.*

28./29. September. *72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.*

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. *Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.*

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2007	Mai	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Mai	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
2009	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräs	5 Jahre	
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quellen: <http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html>